

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Kiel, den 16. Mai 1957

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Montag, den 27. Mai 1957, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

- - - -

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 25. April 1957
- 2) Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
b) des Magistrats
- 3) Bericht des Wahlprüfungsausschusses über die Vorprüfung zweier Einsprüche gegen die Feststellung eines Ersatzmannes durch den Wahlleiter
Ratsherr Steinert - Drs. 290 -
- 4) 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 275 -
- 5) 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 67 -
- 6) 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 276 -
- 7) 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 277 -
- 8) Durchführungsplan Nr. 162
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 278 -
- 9) Durchführungsplan Nr. 163 und 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 279 -
- 10) Durchführungsplan Nr. 164 und 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 280 -
- 11) Durchführungsplan Nr. 165 und 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 281 -
- 12) Umbau Dreiecksplatz
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 282 -

- 13) Bereitstellung von weiteren 66.500,-- DM für den Umbau der "Bellevue-Terrassen"
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 274 -
- 14) Neubau der Volksschulen am Gaußplatz und am Winterbeker Weg
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 255 -
- 15) Staatliche Ingenieurschule - Wiederaufbau Ecke Knooper Weg/Legienstraße - Restbewilligung für Inventar
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 256 -
- 16) Inventarbeschaffung für den Neubau der Volksschule an der Waitzstraße
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 257 -
- 17) Inventarbeschaffung für die Theodor-Möller-Schule
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 258 -
- 18) Neubau der Turnhalle mit Verbindungsbau der Hermann-Löns-Schule
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 259 -
- 19) Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raiserdorfer Straße und Flüggeendorfer Straße durch die Stadt Kiel
Stadtrat Borchert - Drs. 251 -
- 20) Straßenbeleuchtungskosten in Stadtrandsiedlungen
Stadtrat Borchert - Drs. 252 -
- 21) Aufnahme von Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge im Rahmen des Bauprogramms für das Rechnungsjahr 1957
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 264 -
- 22) Umfinanzierung der Beteiligung der Stadt Kiel an der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH.
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 267 -
- 23) Verteilung des Restbetrages aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 287 -
- 24) Spitzenfinanzierung von Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 288 -

- 25) Beirat für Verkehrsangelegenheiten
Oberbürgermeister
- 26) Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der
städtischen Kiesgrube - Drs. 241 -
Stadtbaurat Prof. Jensen
- 27) Erhöhung der Ansätze für die Haushaltsstellen
442 und 443/657 - Beleuchtung, Reinigung, Wasser - - Drs. 248 -
Stadtrat Bade
- 28) Besetzung des Beirats für die Außenwerbung - Drs. 269 -
Stadtbaurat Prof. Jensen
- 29) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kulturpreis 1957
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 2) Gasversorgung der Gemeinde Raisdorf - Drs. 250
Oberbürgermeister
- 3) Verkauf einer rd. 29.000 qm großen Fläche am - Drs. 263
Mühlenweg an die Elac
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 4) Kredit zur Finanzierung eines 32/40 MW Turbosatzes - Drs. 265
für den Ausbau des Kraftwerkes Kiel-Wik
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 5) Übernahme einer weiteren Bürgschaft zugunsten des - Drs. 266
Vereins Kieler Mädchenheime e.V.
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 6) Aufnahme eines Kommunaldarlehens von der Kieler - Drs. 283
Spar- und Leihkasse
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 7) Aufnahme eines Darlehens von der "Volks-Feuerbestattung" - Drs. 284
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 8) Darlehen an die Kieler Seefischmarkt GmbH. - Drs. 285
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 9) Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft - Drs. 286
für die Gebrüder Karl und Walter Andresen
Bürgermeister Dr. Fuchs - Material wird nachgereicht -
- 10) Verschiedenes

Dr. S i e v e r s

Kiel, den 16. Mai 1957

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Montag, den 27. Mai 1957, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 25. April 1957
- 2) Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
b) des Magistrats
- 3) Bericht des Wahlprüfungsausschusses über die Vorprüfung zweier Einsprüche gegen die Feststellung eines Ersatzmannes durch den Wahlleiter
Ratsherr Steinert - Drs. 290 -
- 4) 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 275 -
- 5) 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 67 -
- 6) 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 276 -
- 7) 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 277 -
- 8) Durchführungsplan Nr. 162
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 278 -
- 9) Durchführungsplan Nr. 163 und 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 279 -
- 10) Durchführungsplan Nr. 164 und 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 280 -
- 11) Durchführungsplan Nr. 165 und 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 281 -
- 12) Umbau Dreiecksplatz
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 282 -

1
ab 17.5.57, 8^h
K.

- 13) Bereitstellung von weiteren 66.500,-- DM für den Umbau der "Bellevue-Terrassen"
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 274 -
- 14) Neubau der Volksschulen am Gaußplatz und am Winterbeker Weg
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 255 -
- 15) Staatliche Ingenieurschule - Wiederaufbau Ecke Knooper Weg/Legienstraße - Restbewilligung für Inventar
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 256 -
- 16) Inventarbeschaffung für den Neubau der Volksschule an der Waitzstraße
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 257 -
- 17) Inventarbeschaffung für die Theodor-Möller-Schule
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 258 -
- 18) Neubau der Turnhalle mit Verbindungsbau der Hermann-Löns-Schule
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 259 -
- 19) Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flügendorfer Straße durch die Stadt Kiel
Stadtrat Borchert - Drs. 251 -
- 20) Straßenbeleuchtungskosten in Stadtrandsiedlungen
Stadtrat Borchert - Drs. 252 -
- 21) Aufnahme von Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge im Rahmen des Bauprogramms für das Rechnungsjahr 1957
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 264 -
- 22) Umfinanzierung der Beteiligung der Stadt Kiel an der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH.
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 267 -
- 23) Verteilung des Restbetrages aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 287 -
- 24) Spitzenfinanzierung von Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 288 -

- 25) Beirat für Verkehrsangelegenheiten
Oberbürgermeister
- 26) Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der
städtischen Kiesgrube
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. (241 -
- 27) Erhöhung der Ansätze für die Haushaltsstellen
442 und 443/657 - Beleuchtung, Reinigung, Wasser -
Stadtrat Bade - Drs. (248 -
- 28) Besetzung des Beirats für die Außenwerbung
Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. (269 -
- 29) Verschiedenes

10) Verschiedenes

11) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

12) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

13) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

14) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

15) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

16) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

17) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

18) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

19) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

20) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

21) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

22) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

23) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

24) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

25) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

26) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

27) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

28) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

29) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

30) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

31) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

32) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

33) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

34) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

35) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

36) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

37) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

38) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

39) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

40) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

41) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

42) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

43) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

44) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

45) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

46) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

47) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

48) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

49) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

50) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

51) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

52) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

53) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

54) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

55) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

56) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

57) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

58) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

59) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

60) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

61) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

62) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

63) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

64) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

65) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

66) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

67) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

68) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

69) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

70) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

71) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

72) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

73) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

74) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

75) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

76) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

77) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

78) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

79) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

80) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

81) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

82) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

83) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

84) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

85) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

86) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

87) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

88) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

89) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

90) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

91) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

92) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

93) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

94) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

95) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

96) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

97) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

98) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

99) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

100) Beirat für die Gebirgs- und Waldarbeiten

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Kulturpreis 1957
Stadtschulrat Dr. Hoffmann
- 2) Gasversorgung der Gemeinde Raisdorf - Drs. 257
Oberbürgermeister
- 3) Verkauf einer rd. 29.000 qm großen Fläche am
Mühlenweg an die Elac - Drs. 267
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 4) Kredit zur Finanzierung eines 32/40 MW Turbosatzes
für den Ausbau des Kraftwerkes Kiel-Wik - Drs. 267
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 5) Übernahme einer weiteren Bürgschaft zugunsten des
Vereins Kieler Mädchenheime e.V. - Drs. 266
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 6) Aufnahme eines Kommunaldarlehens von der Kieler
Spar- und Leihkasse - Drs. 287
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 7) Aufnahme eines Darlehens von der "Volks-Feuerbestattung"
Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 288
- 8) Darlehen an die Kieler Seefischmarkt GmbH. - Drs. 285
Bürgermeister Dr. Fuchs
- 9) Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft
für die Gebrüder Karl und Walter Andresen - Drs. 286
Bürgermeister Dr. Fuchs - Material wird nachgereicht -
- 10) Verschiedenes

- 2) An
 a) die Kieler Nachrichten
 b) die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

2
 ab 17.5.57
 V.

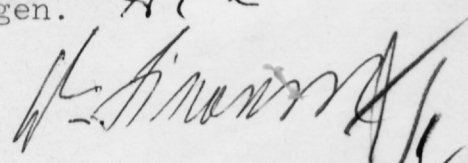
Ratsversammlung. Sitzung Montag, den 27.5.1957, 15 Uhr, im Ratssaal des Rathauses in Kiel. Tagesordnung: Öffentliche Sitzung: 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 25.4.1957; 2. Mitteilungen; 3. Bericht des Wahlprüfungsausschusses über die Vorprüfung zweier Einsprüche gegen die Feststellung eines Ersatzmannes (Ratsherr) durch den Wahlleiter; 4. 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1 für die nördlich der Gutenbergstraße gelegene Geländefläche des früheren Ausziegleises; 5. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41 für das Baugebiet Beselerallee/Holtenauer Straße/Waitzstraße/Knooper Weg; 6. 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81 für das Baugebiet Schönberger Straße/Werftstraße/Klausdorfer Weg/Ballastberg/Ernst-Friedrich-Straße; 7. 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91 für das Baugebiet Ostring zwischen Große Ziegelstraße und Franziusallee; 8. Durchführungsplan Nr. 162 für das Baugebiet Saldernstraße/Knooper Weg/Gutenbergstraße; 9. Durchführungsplan Nr. 163 und 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 für das Baugebiet Preetzer Straße zwischen Werftstraße und Reeperbahn; 10. Durchführungsplan Nr. 164 und 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 für das Baugebiet Schwanenseeplatz/Werftstraße/Klausdorfer Weg/Hangstraße; 11. Durchführungsplan Nr. 165 und 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 für das Baugebiet Stolzestraße/Ballastberg/Sohststraße/Langenkampweg/Schönberger Straße; 12. Umbau des Dreiecksplatzes; 13. Bereitstellung weiterer Mittel für den Umbau der "Bellevue-Terrassen"; 14. Neubau der Volksschulen am Gaußplatz und am Winterberger Weg (Mittelbereitstellung); 15. Staatliche Ingenieurschule - Wiederaufbau Ecke Knooper Weg/Legienstraße - Restbewilligung für Inventar; 16. Inventarbeschaffung für den Neubau der Volksschule an der Waitzstraße; 17. Inventarbeschaffung für die Theodor-Möllerschule; 18. Neubau der Turnhalle mit Verbindungsbau der Hermann-Löns-Schule; 19. Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggenendorfer Straße durch die Stadt Kiel; 20. Straßenbeleuchtungskosten in Stadtrandsiedlungen; 21. Aufnahme von Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge; 22. Umfinanzierung der Beteiligung der Stadt Kiel an der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH.; 23. Verteilung des Restbetrages aus einem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder; 24. Spitzenfinanzierung von Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltsplanes 1957; 25. Beirat für Verkehrsangelegenheiten; 26. Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der städtischen Kiesgrube; 27. Erhöhung der Ansätze für die Haushaltsstellen 442 und 443/657 - Beleuchtung, Reinigung, Wasser -; 28. Besetzung des Beirats für die Außenwerbung; 29. Verschiedenes. Nichtöffentliche Sitzung: 1. Kulturpreis 1957; 2. Gasversorgungsvertrag der Stadtwerke; 3. Grundstücksangelegenheit; 4. bis 9. Kredit-, Bürgschafts- und Darlehensangelegenheiten; 10. Verschiedenes.

- Der Stadtpräsident -

3) Eine Tagesordnung ist im Rathaus auszuhängen.

4) ZdA.

(Dr. Sievers)

~ 957 ~

 16.
 5.57

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister

1) Herrn
Bürgermeister Ewers
Suchsdorf

ab 22.5.57
K.

Kiel, den 20. Mai 1957

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Ratsversammlung der Stadt Kiel tritt am
27. Mai 1957, 15 Uhr, im Ratssaal des Rathauses
zu ihrer turnusmäßigen Sitzung zusammen. Ich
gestatte mir, Sie dazu ergebenst einzuladen. Zu
Ihrer Unterrichtung füge ich eine Tagesordnung
bei, der ich die einzelnen Beratungspunkte zu
entnehmen bitte.

Freundliche Grüße Ihres

2) ZdA.

✓

20.5.57
K.

Der Wahlprüfungsausschuß

K i e l , den 15. 5. 1957

Drucksache 290

Betr.: Bericht des Wahlprüfungsausschusses über die Vorprüfung zweier Einsprüche gegen die Feststellung eines Ersatzmannes durch den Wahlleiter

Berichterstatter: Ratsherr Steinert

Antrag: Die Einsprüche der Herren Ostrowicz und Dr. Puls werden zurückgewiesen und die Feststellung des Wahlleiters über das Nachrücken des Bewerbers Dr. Moerschner wird für gültig erklärt.

Begründung

Der Gemeindevahlleiter hat den Mittelschullehrer Dr. Walter Moerschner als Nachfolger für den ausgeschiedenen Ratsherrn Claus Fischer festgestellt. Hiergegen haben der Studienrat Alexander Ostrowicz und Dr. Dierk Puls Einsprüche eingelegt. Vor allem wurde beanstandet, daß nicht der nächste auf der Wahlliste des Kieler Block stehende Bewerber Nachfolger wurde und daß nicht der Parteiengruppenvorstand, sondern der Fraktionsvorstand des Kieler Block Herrn Dr. Moerschner benannt habe.

Nach § 41 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes kann die Reihenfolge, in der die Bewerber nachrücken, durch die Parteien oder Parteiengruppe geändert werden. § 72 der Gemeinde- und Kreiswahlordnung sieht vor, daß eine solche Änderung durch den Vorstand der politischen Parteien oder Parteiengruppen mitzuteilen ist.

Der Wahlprüfungsausschuß hat eindeutig geklärt, daß Dr. Moerschner von dem ganzen Parteiengruppenvorstand des Kieler Block einstimmig benannt worden ist. Eine Verletzung gesetzlicher Vorschriften konnte nicht festgestellt werden. Die Einsprüche sind somit zurückzuweisen.

Die Notwendigkeit, die Feststellung des Wahlleiters über das Nachrücken des Herrn Dr. Moerschner für gültig zu erklären, ergibt sich aus dem § 41 Abs. 4 in Verbindung mit § 34 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes.

Steinert
Ratsherr

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Der Magistrat

Bauausschuß
Stadtplanungsamt

Kiel, den 7. Mai 1957

D r u c k s a c h e 275

Betrifft: 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Der 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1 wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

In dem Aufbauplan Nr. 1 ist die nördlich der Gutenbergstraße gelegene Geländefläche des früheren Ausziegleises zum Professor-Peters-Platz als Bahngelände ausgewiesen. Diese Fläche wird in das Baugebiet einbezogen, da das Ausziegleis nicht mehr benötigt wird.

B o r c h e r t
Stadtrat

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

DER MAGISTRAT
Bauausschuß
Stadtplanungsamt

Kiel, den 9. Mai 1957

Drucksache 67

Betr.: 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41.

B.E.: Stadtrat Borchert

Antrag: Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41 für das Baugebiet Beselerallee/Holtenauer Straße/Waitzstraße/Knooper Weg wird zugestimmt.

Begründung

Nach dem Durchführungsplan Nr. 41 sollte für die Eckgrundstücke Holtenauer Straße/Beselerallee die bisherige Baufluchtlinie an der Holtenauer Straße zur Schaffung eines öffentlichen Parkplatzes zurückverlegt werden. Die verbleibenden gewerblich zu nutzenden Restflächen der betroffenen Grundstücke sollten in geschlossener Bauweise 3-geschossig bebaut werden.

In diesen Maßnahmen glaubt der Eigentümer des Grundstücks eine nicht tragbare Beeinträchtigung seiner betrieblichen Belange zu sehen. Er beantragt, den Durchführungsplan entsprechend den bisher geführten Verhandlungen zu ändern.

Die Parkfläche an der Holtenauer Straße soll so angelegt werden, daß eine größere Grundstückstiefe erreicht wird. Anstelle der vorgesehenen 3-geschossigen Randbebauung wird nur eine Einfriedigung errichtet. Lediglich an der südlichen Grundstücksgrenze soll ein 3-geschossiges gewerbliches Gebäude vorgesehen werden. Das vorhandene 5-geschossige Lagergebäude des Betriebes kann in gleicher Höhe bei Erneuerung der Fassade des alten Gebäudes verlängert werden. Zwischen diesem verlängerten Lagergebäude und dem bestehenden Haus Beselerallee 65 sollen Garagen errichtet werden.

Die Landesregierung hat der Stadt mitgeteilt, daß der Eigentümer des Grundstücks diesen Änderungsvorschlag vorbehaltlos anerkannt hat. Diese Erklärung ist im Zuge eines außergerichtlichen Verfahrens zwischen der Landesregierung und dem Eigentümer des Grundstücks abgegeben worden.

Das Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt und Tiefbauamt stimmen diesem Vorschlag zu, zumal die bisherigen Verhandlungen ergeben haben, daß eine Verlagerung des Betriebes, wie sie zunächst angestrebt wurde, aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht gefordert werden kann.

Die Vorlage hat der Ratsversammlung in der Sitzung am 21.2.1957 bereits vorgelegen. Sie wurde zurückgestellt, weil ein Grundstückseigentümer sich in einem Schreiben an Mitglieder der Ratsversammlung gegen die vorgesehene Änderung des Durchführungsplanes gewandt hat. Inzwischen hat dieser Grundstückseigentümer seine Bedenken zurückgezogen.

Borchert
Stadtrat

Der Magistrat

Bauausschuß
Stadtplanungsamt

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Kiel, den 7. Mai 1957

D r u c k s a c h e 276

Betrifft: 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Der 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81 für das Baugebiet Schönberger Straße/Werftstraße/Klausdorfer Weg/Ballastberg/Ernst-Friedrich-Straße wird zugestimmt.

Begründung

Die Änderung erfolgt im Rahmen der tiefbautechnischen Überarbeitung des Straßenzuges Werftstraße/Schönberger Straße, die durch die Verkehrsentwicklung seit Aufstellung des Durchführungsplanes notwendig geworden ist. Gleichzeitig werden Vergrößerungen der Wendeplatten an der Marienstraße/Julienstraße/Mathildenstraße vorgesehen, um größeren Lastkraftwagen, die dieses Gewerbegebiet bedienen, bessere Wendemöglichkeiten zu geben.

Die im Rahmen einer Umlegung vorgesehene Neuaufteilung der Grundstücke Schönberger Straße 152, Friedenstraße 32 und 34 wird aufgrund einer Vereinbarung mit den Eigentümern geändert.

Zur Ordnung des Grund und Bodens werden vorgesehen:

1. Abtretung gem. § 17 Aufbaugesetz von Teilen der Grundstücke

Julienstraße 28,
Mathildenstraße 26, 28.

2. Grenzausgleich und Grenzverbesserung gem. § 16 Aufbaugesetz zwischen dem Grundstück Julienstraße 30, welches nicht mehr bebauungsfähig bleibt, und den Grundstücken Schönberger Straße 164-162, Julienstraße 28.

Borchert
Stadtrat

Der Magistrat

Z u Punkt ⁷ der Tagesordnung

Bauausschuß
Stadtplanungsamt

Kiel, den 7. Mai 1957

D r u c k s a c h e 277

Betrifft: 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Der 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91
- Baugebiet Ostring zwischen Große Ziegelstraße und
Franziusallee - wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

Der Durchführungsplan Nr. 91 sieht für die Grundstücke Ostring 241 / Ecke Große Ziegelstraße 50, Große Ziegelstraße 48, 46, 44 zur Ordnung des Grund und Bodens eine Umlegung vor. Das Umlegungsverfahren ist entbehrlich geworden, weil alle Grundstücke durch Erwerb Eigentum des Herrn B r o c k m a n n , Große Ziegelstraße 241, geworden sind. Die Umlegung wird daher aufgehoben. Herr Brockmann beabsichtigt, entgegen der im Durchführungsplan festgelegten Bebauung zwei Wohnhäuser, ein Café sowie eine Kegelbahn mit Garagen zu errichten. Da der Grundgedanke des Durchführungsplanes durch dieses Bauvorhaben nicht berührt wird, bestehen gegen eine Änderung der Bebauung keine Bedenken.

B o r c h e r t
Stadtrat

Der Magistrat

Bauausschuß
Stadtplanungsamt

Kiel, den 7. Mai 1957

D r u c k s a c h e 278

Betrifft: Durchführungsplan Nr. 162

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Dem Durchführungsplan Nr. 162 für das Baugebiet Saldernstraße / Knooper Weg / Gutenbergstraße wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

Der verhältnismäßig schmale und spitz zulaufende Baublock Saldernstraße / Knooper Weg / Gutenbergstraße soll an seiner engsten Stelle durch einen niedrig gehaltenen Baukörper aufgelockert werden. Diese Maßnahme erfolgt ausschließlich aus wohngygienischen Gründen, denn damit wird nicht nur eine bessere Besonnung und Belichtung der Wohnungen in den Gebäuden Gutenbergstraße / Ecke Saldernstraße, sondern auch eine bessere Durchlüftung für den Gesamtblock erreicht. Das Grundstück Saldernstraße 13, für welches nach den Bestimmungen der Landesbauordnung wegen seiner geringen Tiefe von i.M. 15 m ohnehin ein mehrgeschossiger Baukörper nicht zulässig ist, soll daher nur eingeschossig bebaut werden. Zur Sicherstellung der hier vorgesehenen Maßnahmen zur Ordnung des Grund und Bodens, die im Rahmen einer Zusammenlegung erfolgen sollen, hat die Stadt Kiel die Grundstücke Saldernstraße 9 und 11 erworben.

Aus verkehrstechnischen Gründen wird die südliche Einmündung der Saldernstraße in den Knooper Weg nach Norden verschoben, um die verkehrlich ungünstige spitzwinklige Einmündung und Kreuzung zu beseitigen. Dieser Teil der Saldernstraße soll in Zukunft nur als Zufahrt zum Knooper Weg dienen, während über das nördliche Teilstück der Verkehr vom Knooper Weg abfließen soll.

Zur Ordnung des Grund und Bodens werden folgende Maßnahmen vorgesehen:

Zusammenlegung gem. §§ 40 ff. Aufbaugesetz der Grundstücke Saldernstraße 9, 11, 13, 15 / Ecke Gutenbergstraße 14.

B o r c h e r t
Stadtrat

D r u c k s a c h e 279

Betrifft: Durchführungsplan Nr. 163 und 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

- Antrag:
- a) Dem Durchführungsplan Nr. 163 für das Baugebiet Preetzer Straße zwischen Werftstraße und Reeperbahn,
 - b) der 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

Zu a):

Die Grundstücke an der Westseite der Mühlenstraße, die an ein vorhandenes Gewerbegebiet angrenzen, sind in dem Aufbauplan Nr. 2 als Gewerbegrundstücke ausgewiesen. Entsprechend dieser Ausweisung wird für sie eine gewerbliche Nutzung festgelegt. Die Bebauung richtet sich nach den Bestimmungen der Landesbauordnung, § 44, E-Gebiete (Gewerbegebiete). Besonders gefährdende und belästigende Betriebe sollen hier nicht zugelassen werden. Die Ordnungsbehörde (Bauaufsicht) kann für Betriebsgebäude, in denen Lärm erzeugt wird, besondere Forderungen bezüglich des Einbaues schalldämmender Einrichtungen stellen.

Die gegenüberliegenden Grundstücke an der Ostseite der Mühlenstraße werden als gemischte Wohngrundstücke ausgewiesen. Die Ausweisung solcher Grundstücke inmitten oder am Rande eines reinen Wohngebietes ist erforderlich, um Ansatzmöglichkeiten für kleingewerbliche, nicht störende Betriebe, die zur Versorgung eines Wohngebietes notwendig sind, zu geben. Die Bebauung für diese Grundstücke richtet sich nach den Bestimmungen der Landesbauordnung, § 42, C-Gebiete (gemischte Wohngebiete), Bauklasse C10.

Da bei der vorgesehenen Nutzung dieser Grundstücke mit einem stärkeren Anlieferverkehr zu rechnen ist, wird eine Wendepflanzung notwendig, denn ein Durchgangsverkehr ist wegen des Geländebruches in Höhe der Grundstücke Mühlenstraße 10 und 11 nicht möglich. Für die Preetzer Straße ist eine Verbesserung der Linienführung und Profilgestaltung vorgesehen. Sie wird auch nach Ausbau der südlichen Umgehungsstraße als Aufschließungsstraße für die angrenzenden Wohngebiete und als Verbindungsstraße für das Baugebiet Elmschenhagen eine größere Verkehrsbedeutung erhalten.

Zur Ordnung des Grund und Bodens werden vorgesehen:

1. Enteignung gem. §§ 49 ff. Aufbaugesetz von Teilen der Grundstücke Mühlenstraße 7, 9, 11.

Die Enteignung soll nur dann zulässig sein, wenn ein freihändiger Erwerb dieser Grundstücke nicht möglich ist.

2. Abtretung gem. § 17 Aufbaugesetz von Teilen der Grundstücke

Preetzer Straße 5-7/Ecke Mühlenstraße,
Werftstraße 251-255,
Preetzer Straße 11/Ecke Reeperbahn 1 a,
Preetzer Straße 9.

3. Grenzverbesserung gem. § 16 Aufbaugesetz zwischen der Straßenparzelle Reeperbahn und dem Grundstück Reeperbahn 7.

Zu b):

Der Aufbauplan Nr. 2 wird gem. den im Durchführungsplan Nr. 163 vorgesehenen Maßnahmen geändert.

B o r c h e r t
Stadtrat

D r u c k s a c h e 280

Betrifft: Durchführungsplan Nr. 164 und 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

- Antrag:
- a) Dem Durchführungsplan Nr. 164 für das Baugebiet Schwanenseeplatz / Werftstraße / Klausdorfer Weg / Hangstraße,
 - b) der 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

Zu a):

Die fortschreitende Wiederbebauung der zerstörten Baugebiete Ellerbek und Wellingdorf erfordert in absehbarer Zeit die Errichtung einer Schule für dieses Wohngebiet. Im Rahmen der Schulplanung ist als Standort das ehemalige Schulgelände am Rohdehoffplatz vorgesehen. Da das Grundstück großemäßig nicht den Anforderungen, die nach den heutigen Erkenntnissen an eine Schule mit ihren notwendigen Nebenanlagen gestellt werden, entspricht, ist eine Erweiterung des Schulgeländes nach Norden und Westen vorgesehen. Die Mehrzahl der infrage kommenden Grundstücke hat die Stadt bereits erworben.

Die hier vorhandene Gärtnerei bleibt erhalten, da die Nutzung dem Grundgedanken des Aufbauplanes entspricht.

Durch die Herrichtung eines Wanderweges an der Nordseite des Schwanensees soll dieses landschaftlich reizvolle Erholungsgebiet der Bevölkerung besser zugänglich gemacht werden.

Für die Werftstraße und den Klausdorfer Weg sind im Rahmen der Verkehrsplanung für das Ostufer eine Verbreiterung und eine Verbesserung der Linienführung vorgesehen.

Zur Ordnung des Grund und Bodens werden vorgesehen:

- 1) Abtretung gem. § 17 Aufbaugesetz von Teilen der Flurstücke 777/7, 779/11, 1729/18, 1803/12, 330/1, 3/3 sowie des Flurstücks 1217/18.
- 2) Enteignung gem. §§ 49 ff. Aufbaugesetz von Teilen des Flurstücks 1216/18. Die Enteignung soll nur dann zulässig sein, wenn ein freihändiger Erwerb dieser Fläche nicht möglich ist.
- 3) Teile der Flurstücke 1217/18, 1184/18, 1215/18 sowie Teile der Straßenparzellen des Klausdorfer Weges werden gem. § 16 Aufbaugesetz dem Gärtnereigrundstück zugewiesen.

Zu b):

Der Aufbauplan Nr. 2 wird gem. den im Durchführungsplan Nr. 164 vorgesehenen Maßnahmen geändert.

B o r c h e r t
Stadtrat

D r u c k s a c h e 281

Betrifft: Durchführungsplan Nr. 165 und 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

- Antrag:
- a) Dem Durchführungsplan Nr. 165 für das Baugebiet Stolzestraße/Ballastberg/Sohststraße/Langenkampweg/Schönberger Straße,
 - b) der 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 wird zugestimmt.

B e g r ü n d u n g

Zu a):

Der Aufbauplan Nr. 2 weist die beiderseits des nordwestlichen Teiles der Kuchelstraße liegenden Grundstücke nicht als Baugebiet aus. Der städtebauliche Grundgedanke dieser Festlegung war die Absicht, die Randbebauung an der Nordwestseite der Schönberger Straße aufzulockern und damit gleichzeitig eine Trennung der Baugebiete zu erreichen. Die hier entstehende Freifläche sollte einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden und als Erholungsfläche für die Einwohner dieses zwischen einem Industriegebiet und einer Hauptverkehrsstraße liegenden Wohngebietes dienen. Aufgrund der Ausweisung im Aufbauplan wurde dem Eigentümer des Grundstücks Schönberger Straße 86 eine gewerbliche Nutzung seines Gesamtgrundstücks abgelehnt. Er hat gebeten zu überprüfen, ob eine Teilbebauung möglich ist. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß eine Teilbebauung dieses als Freifläche ausgewiesenen Gebietes, sofern sie niedrig gehalten wird, vertretbar ist, da der Grundgedanke der hier vorliegenden städtebaulichen Absichten erhalten bleibt. Vorgesehen wird daher auf Teilen dieser Grundstücke die Errichtung eines Garagenhofes, wobei keine Bedenken bestehen, hier kleingewerbliche, nicht störende Betriebe, die zur Versorgung der benachbarten Wohngebiete notwendig sind, zuzulassen. Die Bebauung wird in den Einzelheiten nicht festgelegt. Ihre Form soll zweckmäßigerweise der Art der hier anzusetzenden Betriebe angepaßt werden. Die im Zusammenhang mit den Garagen vorgeschlagene Tankstelle entspricht den verkehrstechnischen Richtlinien. Die rückwärtigen Teile dieser Grundstücke sollen als öffentlicher Kinderspielplatz genutzt werden, der Zugänge zur Schönberger Straße und über die Sohststraße zu dem Baugebiet um die Brückenstraße erhält. Die Privat- bzw. städtischen Grundstücke, die durch die frühere Abaggerung des Arsenalgeländes nicht mehr bebauungsfähig sind, werden den bundeseigenen Grundstücken zugeschlagen. Als Baugebietsgrenze für das nordwestlich anschließende Industriegebiet wird die Böschungunterkante festgelegt. Die Böschung selbst ist von dem Eigentümer im Einvernehmen mit dem Stadtgartenamt als Schutzstreifen zur Abschirmung des benachbarten Wohn- bzw. gemischten Wohngebietes zu bepflanzen.

Zur Ordnung des Grund und Bodens werden vorgesehen:

1. Zusammenlegung gem. §§ 40 ff Aufbaugesetz der Flurstücke 918/32, 917/31, 915/30, 914/29, 107, 19, 20, 21, 22, 23, 24 bzw. hilfsweise Abtretung gem. § 17 Aufbaugesetz von Teilen der Flurstücke 918/32, 917/31 bzw. hilfsweise Enteignung gem. §§ 49 ff Aufbaugesetz der Flurstücke 19,20.
2. Grenzausgleich und Grenzverbesserung gem. § 16 Aufbaugesetz zwischen dem Flurstück 870/16 und den Grundstücken Sohststraße 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13; den Grundstücken Schönberger Straße 92 und 94; den Grundstücken Schönberger Straße 96 und 98; dem Grundstück Schönberger Straße 98 und der Straßenparzelle Stolzestraße; dem Grundstück Schönberger Straße 104 und dem Flurstück 138/102; den Flurstücken 810/102, 138/102, 1122/37, 628/37, der Straßenparzelle der Stolzestraße und den Grundstücken des Bundes (Arsenalgelände).

Zu b):

Der Aufbauplan Nr. 2 wird gem. den im Durchführungsplan Nr. 165 vorgesehenen Maßnahmen geändert. Zusätzlich wird das Baugebiet zwischen Wischhofstraße und Sohststraße entsprechend seiner Lage, Nutzung und Bebauung als offenes, gemischtes Wohngebiet ausgewiesen.

B o r c h e r t
Stadtrat

Drucksache 282

Betr.: Umbau des Dreiecksplatzes.

B.E.: Stadtrat Borchert

Antrag: Im Zuge des Umbaus des Dreiecksplatzes und der damit verbundenen Zurückverlegung der Baufluchtlinie an der Westseite des Platzes wird einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 651/719 - Umbau des Dreiecksplatzes - in Höhe von 60.000,-- DM zugestimmt. Die Ausgabe ist im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes zu decken.

Begründung

Gem. dem Durchführungsplan Nr. 53 und der ersten Änderung zum Durchführungsplan Nr. 53 ist im Zuge des weiteren Ausbaues der Bergstraße und der unteren Holtenauer Straße eine Behebung des zur Zeit noch bestehenden Verkehrsengpasses dringend notwendig. Die bereits im Durchführungsplan Nr. 53 sowie in der ersten Änderung zum Durchführungsplan Nr. 53 ausgewiesenen Maßnahmen zur Behebung des bestehenden Verkehrsengpasses sehen eine Verbreiterung der Fahrbahn und einen Bürgersteig in Form einer Arkade innerhalb der Baufluchtlinie vor. Daher muß der Bürgersteig auf dem Grundstück Dreiecksplatz 2 - Apotheker Dr. Ahrns - durch Einbau einer Arkade in das Gebäude hineinverlegt werden. Aus dem Einbau der Arkade und der Zurückverlegung des Bürgersteiges ergeben sich umfangreiche Umbauarbeiten, die die Kellerräume und das Erdgeschoß, insbesondere den Hauseingang, den Flur, den Laden und die Werkstatt des Uhrmachermeisters Pinnig sowie die eigenen Räume der Apotheke betreffen. Ebenso wird das Grundstück Wilhelminenstraße 10/Ecke Dreiecksplatz - Capitol-Lichtspiele - hiervon betroffen. Auch hier sind umfangreiche Veränderungen an dem Gebäude erforderlich, insbesondere durch den Ausbau der WC-Räume, die Verlegung der Malerwerkstatt und des Notausganges. Diese Veränderungen ergeben sich unmittelbar aus der Errichtung der Hofgebäude auf dem rückwärtigen Teil des Grundstücks Weber, der an das Grundstück Wilhelminenstraße 10 angrenzt.

Der Grundstückseigentümer Dr. Ahrns und die Erbbauberechtigten an dem Grundstück Wilhelminenstraße 10 gestatten, die Umbauten vorzunehmen und die innerhalb der Arkaden liegende Fläche als öffentlichen Weg zu nutzen und den Gemeingebrauch darüber zu eröffnen.

Die geschätzten Kosten des Umbaues
betragen nach einer vorläufigen
Kostenzusammenstellung des Architekten
Ernst Prinz für das Grundstück Dreiecks-
platz 2 - Dr. Ahrns -

- für a) verlorengegangene Nutzflächen
- b) Mietausfall des zum Hause gehörenden
Ladens Pinnig
- c) den Verlust der wertlos werdenden
Lager- und Ladenausstattung des Ladens
Pinnig

38.500,-- DM

1.000,-- DM

2.150,-- DM

2.500,-- DM

insgesamt

44.150,-- DM

Die geschätzten Kosten für das Grundstück
Wilhelminenstraße 10 - Capitol-Lichtspiele -/
Ecke Dreiecksplatz betragen nach einer
Kostenzusammenstellung des Architekten
Ernst Prinz und einem Änderungskostenanschlag

12.650,-- DM

Ferner entstehen noch folgende Kosten:

Epflasterung des Gehsteiges unter der Arkade

3.200,-- DM

Dadurch ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von

60.000,-- DM

Die endgültige Feststellung der Höhe der Baukosten, die von der
Stadt Kiel zu erstatten sind, erfolgt nach Abrechnung durch den
Architekten gegenüber dem Hochbauamt der Stadt Kiel. Mit dem
Grundstückseigentümer Dr. Ahrns und den Erbbauberechtigten an
dem Grundstück Wilhelminenstraße 10 werden entsprechende Ver-
träge abgeschlossen.

Borchert
Stadtrat

Zu Punkt 13 der Tagesordnung

Kiel, den 16. Mai 1957

Der Magistrat
Finanzausschuß
Liegenschaftsamt

Drucksache 274

Betrifft: Bereitstellung von weiteren 66.500,- DM für den Umbau der Bellevue-Terrassen

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Nachstehende Sofortentscheidung des Magistrats vom 15.5.1957 nach § 106 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird genehmigt:

"Der Kostenaufstellung des Herrn Architekten Neveling wird bis zum Betrage von 665.000,- DM zugestimmt. Ferner werden für den Einbau der Garderobeneinrichtung, den Verdunkelungsvorhang und für die Gebäudereinigung 11.000 DM bereitgestellt.

Zu diesem Zweck wird bei der Haushaltsstelle V 851/120 - Umbau des Hotels Bellevue, 2. Rate - eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 66.500 DM genehmigt, die durch Entnahme aus dem Kapitalvermögen zu decken ist.

Solange keine Bestände im Kapitalvermögen vorhanden sind, dürfen Zwischenkredite zur Vorfinanzierung in Anspruch genommen werden.

Die überplanmäßige Ausgabe ist in den Nachtragshaushaltsplan aufzunehmen."

Begründung:

Die Arbeiten für das Hotel Bellevue mußten verhältnismäßig schnell ausgeschrieben werden. Dies hatte zur Folge, daß sich während des Baues die Durchführung ursprünglich nicht vorgesehener, jedoch zwangsläufig bedingter Arbeiten ergab. So mußte aufgrund einer Forderung des Bauaufsichtsamtes eine tiefere Gründung durchgeführt werden, um die Standsicherheit der vorhandenen Stahlbetonwände gegenüber dem Abhang zu erhöhen. Außerdem wurden seinerzeit Abbrüche notwendig, da die vorhandenen Fundamente und Mauerwerksteile nicht mehr die notwendige Festigkeit aufwiesen. Besondere Schwierigkeiten bereiteten die Entwässerungs- und Versorgungsleitungen, die teilweise gar nicht mehr vorhanden waren, teilweise aber in ihren Querschnitten für die vergrößerte Wirtschaft nicht mehr ausreichten. Bei Inangriffnahme der Arbeiten in der Küche, die bis Herbst vergangenen Jahres in Betrieb war, stellte sich heraus, daß nicht nur im Mauerwerk, sondern in den Fenstern Schwamm war und die Decken Undichtigkeiten aufwiesen, so daß allein hierdurch wesentlich mehr Arbeiten anfielen als vorauszusehen war. Die neue, für einen wesentlich größeren Betrieb vorgesehene Kücheneinrichtung zwang zur Verlegung vollkommen neuer Versorgungsleitungen in den Wänden und im Fußboden.

Im
--

Im Kostenanschlag waren ferner keine Mittel vorgesehen, um den Bau dem Pächter besenrein mit geputzten Scheiben zu übergeben, wie er es verlangen kann. Ausserdem wurden bisher keine Beträge für die fest in der Wand verankerte Garderoben-Einrichtung in dem besonderen Garderobenraum und den Verdunkelungsvorhang an der Wasserfront vorgesehen. Die Kosten für diese beiden Einrichtungen können aber dem Pächter nicht aufgebürdet werden, da es sich in dem einen Fall um einen Bestandteil des Gebäudes handelt, der für diese Anlage besonders angefertigt wurde und im anderen Fall um eine ausdrückliche Forderung des Fremdenverkehrsamtes, an der der Gastwirt selbst gar nicht interessiert ist.

Den bisher bereitgestellten Mitteln in Höhe von 610.000 DM stehen demnach Ausgaben in Höhe von 706.500,- DM gegenüber, so daß noch Kosten in Höhe von 96.500,- DM zu decken sind. Hierfür wird die Bereitstellung von weiteren 66.500,- DM beantragt, während die restlichen 30.000,- DM dadurch aufgebracht werden sollen, daß hierfür die an und für sich für den Parkplatz vorgesehenen Mittel Verwendung finden. Zur Finanzierung des Parkplatzes sollen die Gelder gesondert vom Tiefbauamt bereitgestellt werden. Im Hinblick auf die vom 24.-26. Mai 1957 dort stattfindende Gynäkologen-Tagung ist ein weiteres Hinausschieben der Arbeitsdurchführung nicht möglich, so daß wegen der Eilbedürftigkeit die Anwendung § 106 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein notwendig

Dr. F u c h s
Bürgermeister

Kostenstandsbericht für den Umbau "Bellevue" vom 30. April 1957

a) für Arbeiten im Rahmen der zuerst bereitgestellten Mittel
DM 500.000,--

Art der Arbeiten	Kostenanschlag	Erforderl. Mittel	bisher eingespart	bisher überschritten
Erdarbeiten	7.008,00	7.100,00	-	92,00
Abbrucharbeiten	14.041,50	14.000,00	41,50	-
Maurerarbeiten	26.485,00	32.000,00	-	5.515,00
Stahlbetonarbeiten	148.106,90	138.000,00	10.106,90	-
Kanalisation	2.656,00	3.000,00	-	344,00
Klempnerarbeiten	4.098,00	3.600,00	498,00	-
Zimmererarbeiten	22.105,00	22.600,00	-	495,00
Dachdeckerarbeiten	17.060,00	7.500,00	9.560,00	-
Außenputz und Stuck	8.450,00	16.700,00	-	8.250,00
Innenputz	8.080,00	11.000,00	-	2.920,00
Schlosserarbeiten	2.222,00	20.000,00	-	17.758,00
Kunststeinarbeiten	2.075,00	1.000,00	1.075,00	-
Floorflex	3.500,00	7.500,00	-	4.000,00
Estrich	6.040,00	7.100,00	-	1.060,00
Fliesenarbeiten	11.295,00	16.000,00	-	4.705,00
Parkettfußboden	10.620,00	11.500,00	-	880,00
Tischlerarbeiten	28.250,00	22.000,00	6.250,00	-
Gardinenbretter	2.000,00	2.000,00	-	-
Metallarbeiten	6.760,00	5.800,00	960,00	-
Malerarbeiten	9.969,40	13.000,00	-	3.030,60
Heizung und Lüftung	72.000,00	67.000,00	5.000,00	-
Glaserarbeiten	17.227,30	13.000,00	4.227,30	-
Elektrische Installation	5.625,60	15.000,00	-	9.374,40
Hauptanschluß	1.800,00	1.800,00	-	-
Sanitäre Installation	2.954,35	6.000,00	-	3.045,65
Aufzug	9.000,00	8.000,00	1.000,00	-
Mipolamtreppen	1.000,00	1.500,00	-	500,00
Naturstein	1.146,80	1.200,00	-	53,20
Notstromanlage	952,00	1.000,00	-	48,00
Batterieanlage	1.293,00	1.300,00	-	7,00
Neonanlage	1.280,00	1.300,00	-	20,00
Stadtwerke Strom	1.000,00	1.000,00	-	-

Art der Arbeiten	Kostenanschlag	Erforderl. Mittel	bisher eingespart	bisher überschritten
Architektenhonorar	35.882,00	32.300,00	3.582,00	-
Unvorhergesehenes	2.997,15	2.100,00	897,15	-
Nebenkosten				
Richtfest	1.500,00	1.000,00	500,00	-
Probebohrung	1.000,00	1.100,00	-	100,00
Geolog. Gutachten	500,00	500,00	-	-
Statische Prüfgebühren	2.000,00	2.000,00	-	-
	500.000,00	518.500,00	43.697,85	62.197,85

b) für die Arbeiten und Lieferungen im Rahmen der nachbewilligten DM 110.000,-- , jedoch ohne Parkplatz.

Art der Arbeit	bereitgestellte Mittel	erforderl. Mittel	bisher eingespart	bisher überschritten
Küchengeräte	30.000,00	30.000,00	-	-
Kühlanlagen	18.000,00	18.000,00	-	-
Ölfeuerung	16.000,00	16.000,00	-	-
Instandsetzung der Wirtschaftsräume	10.000,00			
Abbrucharbeiten		3.000,00		
Maurerarbeiten		18.000,00		
Stahlbetonarbeiten		2.000,00		
Kanalisation		5.000,00		
Innenputz		3.000,00		
Kunststeinarbeiten		3.000,00		
Fliesenarbeiten		5.000,00		
Tischlerarbeiten		3.000,00		
Malerarbeiten		2.000,00		64.000,00
Glaserarbeiten		1.000,00		
Elektr. Installation		3.000,00		
San. Installation		10.000,00		
Asphaltdichtung		500,00		
Kühlraumisolierung		800,00		
Stadtwerke:				
Gas		2.700,00		
Wasser		1.000,00		
Strom		1.000,00		
Unvorhergesehenes		10.000,00		
Architektenhonorar	6.000,00	9.000,00		3.000,00
	<u>80.000,00</u>	<u>147.000,00</u>		<u>67.000,00</u>

Kiel, den 10.5.1957

Drucksache 255

Betr.: Neubau der Volksschulen am Gaußplatz und am Winterbeker Weg

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM sind nachstehende Beträge abzuzweigen und wie folgt bereitzustellen:

V 21/161 - Neubau einer Volksschule am Winterbeker Weg - Baukosten, 2. Rate 1.200.000,-- DM

Finanzierung:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	421.100,--	DM
Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	20.000,--	DM
Kommunaldarlehen	758.900,--	DM
	<u>1.200.000,--</u>	DM
	=====	

V 21/162 - Neubau einer Volksschule am Gaußplatz, 2. Rate 1.158.000,-- DM

Finanzierung:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	78.900,--	DM
Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	449.000,--	DM
Kommunaldarlehen	630.100,--	DM
	<u>1.158.000,--</u>	DM
	=====	

B e g r ü n d u n g

1) Neubau Winterbeker Weg

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 6. März 1957 den Gesamtkostenanschlag in Höhe von 1.550.000,-- DM mit der Maßgabe genehmigt, daß 33.500,-- DM für die gärtnerischen Anlagen vorerst gesperrt werden.

Im außerordentlichen Haushaltsplan 1956 sind als 1. Rate 350.000,-- DM bereitgestellt worden, so daß aus dem Globalansatz von 8 Mio. DM des Rechnungsjahres 1957 als Restbewilligung noch 1.200.000,-- DM benötigt werden.

2) Neubau am Gaußplatz

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 17.10.1956 den Kostenanschlag in Höhe von 1.508.854,-- DM mit der Maßnahme genehmigt,

daß nicht mehr als 1.425.000,-- DM in Anspruch genommen werden dürfen. Die Differenz in Höhe von 83.854,-- DM ist auf die Gründungskosten zurückzuführen, die nach Verhandlungen mit der Landesregierung bei diesem Schulbauvorhaben von der Stadt Kiel zu tragen sind. Als Gesamtbaukosten sind daher 1.508.000,-- DM anzusetzen. Im außerordentlichen Haushalt 1956 sind als 1. Rate 350.000,-- DM bereitgestellt worden, so daß aus dem Globalansatz von 8 Mio. DM des Rechnungsjahres 1957 als Restbewilligung 1.158.000,-- DM abzuzweigen sind.

Es wird beantragt, die o.g. Beträge aus dem Globalansatz 1957 zu entnehmen und gemäß dem Vermerk im Haushaltsplan bei besonderen Unterpositionen, und zwar für den ^{Neu}ebau am Winterbeker Weg bei V 21/161 und für den Neubau am Gaußplatz bei V 21/162, nachzuweisen.

Der Schulausschuß hat der Vorlage in seiner Sitzung am 9.5.1957 zugestimmt.

Dr. Hoffmann

Zu Punkt 15 der Tagesordnung

Der Magistrat
Schulausschuß
Schul- und Kulturamt

Kiel, den 16.5.1957

Drucksache 256

Betr.: Staatliche Ingenieurschule - Wiederaufbau Ecke Knooper Weg/
Legienstraße - Restbewilligung für Inventar -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von von 37.497,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 2661/121 - Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieurschule, Eckgebäude Knooper Weg/Legienstraße, Inventarkosten, Restbewilligung - bereitgestellt.

B e g r ü n d u n g

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 15.5.1957 den Kostenanschlag für die Beschaffung von Maschinen und Einrichtungen des Eckgebäudes Knooper Weg/Legienstraße der Staatlichen Ingenieurschule, abschließend mit 222.000,-- DM, mit der Maßgabe genehmigt, daß mit dem Architekten wegen einer Kürzung des Honorars verhandelt wird. In den außerordentlichen Haushaltsplänen 1955 und 1956 sind hierfür 184.503 DM veranschlagt worden. Es verbleibt ein Betrag von 222.000,-- DM

./. 184.503,-- DM

37.497,-- DM
=====

der dem Globalansatz im Rechnungsjahr 1957 zu entnehmen wäre und nach dem Vermerk im Haushaltsplan in einer besonderen Unterposition nachzuweisen ist. Sollten am Honorar Einsparungen möglich sein, werden diese Beträge gesperrt und der Ansatz im Rahmen des Nachtrags- haushaltsplans berichtet.

Dr. Hoffmann

Kiel, den 10.5.1957

Drucksache 257

Betr.: Inventarbeschaffung für den Neubau der Volksschule an der Waitzstraße

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 18.103,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/1507 - Neubau einer Volksschule an der Waitzstraße, Inventarkosten, II. Rate - bereitgestellt.

Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	9.000,-- DM
Kommunalanleihen	<u>9.103,-- DM</u>
	18.103,-- DM
	=====

B e g r ü n d u n g

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 17.4.1957 den Kostenschlag für das Inventar der Volksschule an der Waitzstraße mit 158.103,-- DM genehmigt. Hiervon stehen 140.000,-- DM im außerordentlichen Haushaltsplan 1956 bei der Haushaltsstelle V 21/1507 zur Verfügung. Es wird beantragt, den Restbetrag von 18.103,-- DM aus dem Globalansatz 1957 zu entnehmen und gemäß dem Vermerk im Haushaltsplan bei der besonderen Unterposition V 21/1507 nachzuweisen.

Der Schulausschuß hat der Vorlage in seiner Sitzung am 9.5.1957 zugestimmt.

Dr. Hoffmann

Zu Punkt 17 der Tagesordnung

Der Magistrat
Schulausschuß
Schul- und Kulturamt

Kiel, den 16.5.1957

Drucksache 258

Betr.: Inventarbeschaffung Theodor-Möller-Schule

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 168.840,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/1504 - Neubau einer Volks- und Mittelschule, Elmschenhagen, Theodor-Möller-Schule, I. (Restbewilligung), II. und III. Bauabschnitt, Inventarkosten - bereitgestellt. Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	53.825,-- DM
Kommunaldarlehen	<u>115.015,-- DM</u>
	168.840,-- DM
	=====

B e g r ü n d u n g

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 15.5.1957 den Kostenanschlag für die Inventarbeschaffung des I. (Rest), II. und III. Bauabschnitts, abschließend mit 192.601,-- DM, mit der Maßgabe genehmigt, daß nicht mehr als 168.840,-- DM in Anspruch genommen werden dürfen.

Im Haushaltsplan 1956 sind für das Inventar der oben genannten Abschnitte keine Mittel angesetzt.

Es wird daher beantragt, den Betrag voll aus dem Globalansatz zu entnehmen und gemäß dem Vermerk im Haushaltsplan bei der besonderen Unterposition V 21/1504 nachzuweisen.

Dr. Hoffmann

Zu Punkt 18 der Tagesordnung

Der Magistrat
Schulausschuß
Schul- und Kulturred

Kiel, den 16.5.1957

Drucksache 259

Betr.: Neubau der Turnhalle mit Verbindungsbau Hermann-Löns-Schule

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 136.000,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/171 -Neubau einer Turnhalle an der Hermann-Löns-Schule Elmschenhagen, Baukosten 2. Rate - bereitgestellt.

B e g r ü n d u n g

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 15.5.1957 den Kostenanschlag für den Neubau der Turnhalle und des Verbindungsbaues bei der Hermann-Löns-Schule, Elmschenhagen, abschließend mit 323.200,-- DM, mit der Maßgabe genehmigt, daß vorerst nicht mehr als 286.000,-- DM in Anspruch genommen werden dürfen. Im außerordentlichen Haushaltsplan 1956 ist bei der Haushaltsstelle V 21/171 ein Betrag von 150.000,-- DM veranschlagt.

Es wird daher beantragt, den Restbetrag von 136.000,-- DM aus dem Globalansatz 1957 zu entnehmen und gemäß dem Vermerk im Haushaltsplan bei der besonderen Unterposition V 21/171 nachzuweisen.

Dr. Hoffmann

Drucksache 251

Betrifft: Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggendorfer Straße durch die Stadt Kiel

Berichterstatter: Stadtrat B o r c h e r t

Antrag: Dem Abschluß eines Vertrages betr. Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggendorfer Straße nach dem dieser Vorlage beigegeführten Entwurf eines Vertragsangebotes wird zugestimmt.

Begründung

Durch Beschluß der Ratsversammlung vom 15. 10. 1953 wurde die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit den Baugenossenschaften wegen der Übernahme der Privatstraßen in den Stadtrandsiedlungen durch die Stadt Kiel aufzunehmen.

Auf Grund des zwischen der Stadt und dem Landhausbauverein Wellingdorf eGmbH. in Wellingdorf geschlossenen Vertrages vom 1./2. 9. 1938 ist die in dem dem Vertrage als Anlage beigegeführten Plan bezeichnete

Neumühlener Straße zwischen
Raisdorfer Straße und Flüggen-
dorfer Straße

von der Genossenschaft nach Maßgabe dieses Planes und des Bauprogramms des Stadtoberbaurats vom 10. 3. 1938 auszubauen. Die neu auszubauende Straßenstrecke sollte zunächst Privatstraße bleiben. Die Stadt hat sich jedoch in § 4 dieses Vertrages verpflichtet, die Straße als öffentliche Einrichtung zu übernehmen, und zwar nach Ablauf von 2 Jahren nach ihrer endgültigen Fertigstellung. Die Übernahme setzt ferner voraus, daß sämtliche Baustellen an der Straße bebaut sind.

Die Bebauung ist inzwischen erfolgt, es fehlt jedoch noch die Aufbringung der Teermakadamdecke. Außerdem sind Bombenschäden und einige Mängel an der Kanalisation zu beseitigen. Die Genossenschaft ist nicht in der Lage, die zur Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen Mittel aufzubringen und hat daher geboten, daß die Stadt die Straße im jetzigen Zustand übernimmt und fertigstellt. Die Genossenschaft will sich an den Kosten der Herstellung von etwa 12.000,-- DM mit 6.000,--DM beteiligen, wenn sie diesen Betrag auf 5 Jahre verrentet bekommt.

Der Antrag der Genossenschaft ist berechtigt, Der Straßenteil dient überwiegend dem öffentlichen Verkehr und bedarf der Fertigstellung. Es ist zu berücksichtigen, daß die Straße vertragsgemäß im Jahre 1939 vom Landhausbauverein mit Ausnahme der Straßenteerdecke fertiggestellt war. Der Ausbau der Teerdecke unterblieb durch den Kriegsausbruch. Das sind Gründe, die der Landhausbauverein nicht zu vertreten hat. Dadurch unterblieb auch die vertraglich vorgesehene Übernahme der Straße durch die Stadt Kiel 2 Jahre nach der endgültigen Fertigstellung der Straße einschließlich der Bebauung sämtlicher Baustellen. Es entspricht der Billigkeit, dem Landhausbauverein die Kosten zur Beseitigung der Kriegsschäden abzunehmen, so daß festgestellt werden kann, daß der angebotene Betrag von 6.000,-- DM als angemessen anzusehen ist.

Es wird um Zustimmung zum Abschluß des Übernahmevertrages gebeten.

I.V.
Engert
Stadtrat

V e r h a n d e l t

Kiel, den

1957

Vor dem gemäß Artikel 12 § 2 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum BGB berufenen Urkundsbeamten der Stadt Kiel

Magistratsoberrat Dr. Hellmuth Kopp

erschienen heute als Vertreter des Landhausbauvereins Wellingdorf eGmbH., in Kiel-Wellingdorf, Neumühlener Straße 61,

1. der 1. Vorsitzende, Herr Regierungsoberinspektor Kurt Hartmann, Kiel-Wellingdorf, Neumühlener Straße 61,
2. das Vorstandsmitglied, Herr Mittelschulrektor Dr. Friedrich Drube, Kiel-Wellingdorf, Neumühlener Straße 83 a,

beide gemäß vorgelegtem beglaubigten Auszug aus dem Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Kiel vom gemeinsam zeichnungs- und vertretungsberechtigt, ausgewiesen durch

zu 1) Bundespersonalausweis SH

zu 2) Bundespersonalausweis SH

und erklärten:

Namens und im Auftrage des Landhausbauvereins Wellingdorf eGmbH. in Kiel-Wellingdorf, Neumühlener Straße 61, nachstehend "Genossenschaft" genannt, machen wir der Stadt Kiel, nachstehend "Stadt" genannt, das nachfolgende Angebot, an das wir uns bis zum 30. 9. 1957 gebunden halten. Zur Wahrung der Frist genügt es, daß die Annahme des Angebotes bis zu diesem Zeitpunkt beurkundet wird. Die Nachricht von der Annahme braucht uns nicht innerhalb der Bindefrist zuzugehen.

§ 1

Auf Grund des zwischen der Stadt und der Genossenschaft geschlossenen Vertrages vom 1./2. 9. 1938 ist die in dem dem Verträge als Anlage beigefügten Plan bezeichnete Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggeendorfer Straße von der Genossenschaft nach Maßgabe dieses Planes und des Bauprogramms des Städtoberrats vom 10. März 1938 auszubauen. Die neu auszubauende Straßenstrecke sollte zunächst Privatstraße bleiben. Die Stadt hat sich jedoch im § 4 dieses Vertrages verpflichtet, die Straße als öffentliche Einrichtung zu übernehmen, und zwar nach Ablauf von 2 Jahren seit ihrer endgültigen Fertigstellung. Die Übernahme setzt

ferner voraus, daß sämtliche Baustellen an der Straße bebaut sind.

Die Bebauung ist inzwischen erfolgt, es fehlt jedoch noch die Aufbringung der Teermakadamdecke. Außerdem sind Bombenschäden und einige Mängel an der Kanalisation zu beseitigen. Die Genossenschaft ist nicht in der Lage, die zur Erfüllung dieser Verpflichtungen erforderlichen Mittel aufzubringen und hat daher gebeten, daß die Stadt die Straße im jetzigen Zustand übernimmt und fertigstellt. Die Genossenschaft will sich an den Kosten der Herstellung von etwa 12.000,-- DM mit 6.000,-- DM beteiligen, wenn sie diesen Betrag auf 5 Jahre verrentet bekommt.

§ 2

Die Stadt übernimmt die Straße, die ausweislich des Grundbuches bereits im Eigentum der Stadt ist, in dem jetzigen Zustand von dem auf die Annahme dieses Angebotes folgenden Ersten ab unter folgenden Bedingungen:

Als Beitrag zu den Kosten der endgültigen Fertigstellung der Straße, insbesondere der Aufbringung einer Schwarzdecke und Beseitigung von Mängeln an der Kanalisation zahlt die Genossenschaft den Betrag von

6.000,-- DM

in Worten: "Sechstausend 00/100 Deutsche Mark"

an die Stadt. Dieser Betrag ist vom Tage der Übernahme der Straße durch die Stadt ab nach dem Gesetz über die Zahlung und Sicherung von Anliegerbeiträgen vom 30. 9. 1936 auf 5 Jahre zu verrenten.

Die Genossenschaft verpflichtet sich, auf ihre Kosten zur Sicherung dieses Betrages auf dem ihr gehörenden Grundeigentum eine Sicherungshypothek für die Stadt an sicherer Stelle im Grundbuch eintragen zu lassen. Es ist hiernach eine Hypothek von 6.000,-- DM zuzüglich des sich aus der Verrentung ergebenden Mehrbetrages im Grundbuch einzutragen.

Die Genossenschaft wird von ihren Verpflichtungen wegen des Ausbaus der Straße erst frei, wenn die nach § 2 im Grundbuch einzutragende Sicherungshypothek eingetragen worden ist.

§ 3

Von dem in § 2 genannten Übergabetage ab geht die Nutzung der Straßenfläche auf die Stadt über.

Die Stadt übernimmt vom Übergabetage nach § 2 ab die Unterhaltung der Straße.

§ 4

Die mit dem Abschluß und der Durchführung dieses Vertrages verbundenen Kosten trägt die Genossenschaft.

v.

g.

u.

Geschlossen:

Kiel, den 2. Mai 1957

Drucksache 252

Betr.: Straßenbeleuchtungskosten in Stadtrandsiedlungen

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: Die lfd. Kosten für Strom und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung in den Stadtrandsiedlungen

- a) der Baugenossenschaft "Eigenheim" Pries-Friedrichs-ort eGmbH. in Pries,
- b) der Gemeinnützigen Heimstättengenossenschaft Kiel-Nord eGmbH. an der Projensdorfer Straße und
- c) der Baugenossenschaft "Eigenheim Kiel eGmbH." zu Kiel (Hasseldieksdamm) in Hasseldieksdamm

werden mit Wirkung vom 1.11.1954 ab endgültig auf die Stadt übernommen.

Begründung:

Durch Beschluß der Ratsversammlung vom 15.10.1953 wurden für den Ausbau bzw. die Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung in den Privatstraßen der Stadtrandsiedlungen 30 000,- DM bereitgestellt mit der Maßgabe, daß, soweit es sich um die Wiederherstellung von durch Kriegseinwirkung zerstörten Beleuchtungsanlagen handelt, die Stadt die Kosten übernimmt, für Neuanlagen jedoch die Wiedereinzahlung vorbehalten bleibt, auch für den Fall, daß die Stadt die Straßen später übernimmt und die Verpflichteten zu den Kosten der Straßenherstellung heranzieht.

Der Magistrat hat in Ergänzung hierzu am 21.10.1954 beschlossen, daß die Kosten der Unterhaltung und des Betriebes der Straßenbeleuchtung vorläufig, und zwar bis zu den Auseinandersetzungsverhandlungen wegen der Übernahme der Straßen, aus den städtischen Straßenbeleuchtungsmitteln getragen werden.

Die Beleuchtungsanlagen in den Privatstraßen der Baugenossenschaft "Eigenheim" Pries-Friedrichs-ort eGmbH. in Pries waren durch Kriegseinwirkungen teilzerstört und sind durch die Stadtwerke auf städt. Kosten wiederhergestellt worden. An Unterhaltungs- und Stromkosten vom 1.11.1954 bis 31.12.1956 sind von der Stadt bisher insgesamt 6 292,76 DM verauslagt. Die Übernahme dieser Privatstraßen durch die Stadt steht bevor. Die Genossenschaft will zu den etwa 200 000,- DM betragenden Kosten des endgültigen Ausbaues je Anlieger 700,- DM (zusammen 100 000,- DM)

beitragen, bittet aber, die Straßenbeleuchtungskosten endgültig auf die Stadt zu übernehmen. Diese Bitte ist berechtigt, da den Anliegern, die überwiegend Rentner sind und in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen leben, neben dem Beitrag zu dem Straßenausbau auch noch ein Zuschuß zur Straßenbeleuchtung nicht zugemutet werden kann. Die Genossenschaft befindet sich in Liquidation und hat auch keine Möglichkeit zur Heranziehung der Anlieger, da diese ausnahmslos Eigentümer der Siedlungsgrundstücke geworden sind.

Die Privatstraßen der Gemeinnützigen Heimstättengenossenschaft Kiel - Nord eGmbH. an der Projensdorfer Straße hatte früher keine Straßenbeleuchtung, diese ist erst auf städtische Kosten erstellt worden. Die Stadt hat zunächst nicht die Absicht, diese Siedlungsstraßen zu übernehmen; sie hat sich der Gemeinnützigen Heimstättengenossenschaft gegenüber damit einverstanden erklärt, daß die Privatstraßen vorerst weiterhin bei der Genossenschaft bleiben. In der Frage der Straßenbeleuchtung faßten die Anlieger nach Mitteilung der Siedlungsgemeinschaft den Beschluß, die Stadt um die Ausschaltung der Beleuchtung zu bitten, da diese nicht erforderlich sei und durch die Anlieger auch nicht bezahlt werden könne. Von der Stadt sind bisher an Unterhaltungs- und Stromkosten für die Zeit vom 1.11.1954 bis 31.12.1956 zusammen 1 372,60 DM verauslagt worden. Da die Errichtung und der Betrieb der Straßenbeleuchtung weder von der Genossenschaft noch von den Anliegern beantragt wurde, diese überwiegend als Rentner in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen leben und daher die entstandenen und noch entstehenden Kosten nicht bezahlen können, ist eine Übernahme durch die Stadt gerechtfertigt. Eine Abschaltung der Straßenbeleuchtung erscheint mit Rücksicht auf die in den Eigenheimen mit untergebrachten Mietparteien nicht angebracht.

Die Beleuchtungseinrichtungen in den Privatstraßen in der Siedlung der Baugenossenschaft "Eigenheim Kiel" eGmbH. in Hasselriedsdamm sind auf städt. Kosten durch die Stadtwerke erstellt worden. Eine Übernahme der Straßen durch die Stadt ist bisher nicht eingeleitet. An Unterhaltungs- und Stromkosten sind für die Zeit vom 1.11.1954 bis 31.12.1956 2 053,35 DM aus städtischen Mitteln verauslagt. Die Genossenschaft lehnt die Erstattung dieser Kosten ab, weil sie sich zur Errichtung und zum Betrieb der Straßenbeleuchtung nicht für verpflichtet hält. Sie ist hergestellt, weil die Straßen wenigstens zum Teil dem öffentlichen Verkehr dienen. Die Siedler sind inzwischen Eigentümer der anliegenden Grundstücke geworden.

Da bei allen drei Baugenossenschaften die Einziehung der Straßenbeleuchtungskosten nicht möglich ist, wird die Übernahme dieser Kosten durch die Stadt vorgeschlagen.

I.V.
Engert
Stadtrat

Kiel, den 11. April 1957

Drucksache 264

Betrifft: Aufnahme von Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge im Rahmen des Bauprogramms für das Rechnungsjahr 1957

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. F u c h s

- Antrag:
1. Aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - verstärkte Förderung - dürfen im Rechnungsjahr 1957 Darlehen bis zum Betrage von 750.000 DM zu den vom Landesarbeitsamt, vom Land bzw. vom Bund noch festzusetzenden Bedingungen aufgenommen werden.
 2. Der für das Rechnungsjahr 1956 durch Beschluß der Ratsversammlung vom 28. Juni 1956 festgesetzte Höchstbetrag der verstärkten Förderung wird von 585.816 DM auf 600.000 DM erhöht.

B e g r ü n d u n g :

Im Rahmen des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957 sind Bauvorhaben der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge mit insgesamt rd. 30.500 Arbeitslosentagewerken vorgesehen. Für jedes Arbeitslosentagewerk erhält die Stadt Kiel eine Grundförderung als Zuschuß in Höhe von 6,- DM und eine verstärkte Förderung als Darlehen in Höhe von 24,- DM. Die Gesamtsumme der als Darlehen aufzunehmenden Förderungsbeträge beträgt also rd. 750.000 DM. Es ist noch nicht zu übersehen, wann die formellen Anerkennungen für die Tagewerke im Einzelfall ausgesprochen werden. Um das rechtzeitige Anlaufen der Baumaßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge nicht zu verzögern, empfiehlt es sich, einen Rahmenbeschluß für die Inanspruchnahme der Förderungsdarlehen herbeizuführen, wie es auch im Vorjahr geschehen ist. Der Herr Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat den im Rechnungsjahr 1956 in gleicher Weise gefaßten Beschluß als im Einzelfall ergangen anerkannt. Dadurch wurde es möglich, die finanzrechtlichen Voraussetzungen für den Baubeginn unmittelbar nach Eingang der Anerkennung des Landesarbeitsamtes auf vereinfachte Art zu schaffen.

Die Ermächtigung für das Rechnungsjahr 1956 ist durch Beschluß der Ratsversammlung vom 28. Juni 1956 auf 585.816 DM begrenzt worden. Dieser Betrag muß auf Grund zusätzlich bewilligter Tagewerke um rd. 15.000 DM überschritten werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind die Darlehen aus der verstärkten Förderung mit 2,5 - 4 % p.a. zu verzinsen und im Verlaufe von 15 - 20 Jahren meist unter Vorschaltung einiger Freijahre zurückzuzahlen.

Dr. F u c h s

Zu Punkt 22 der Tagesordnung

Der Magistrat
Finanzausschuß
Kämmereiamt

Kiel, den 15. Mai 1957

Drucksache 267

Betrifft: Umfinanzierung der Beteiligung der Stadt Kiel an der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH.

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Der Beschluß der Ratsversammlung vom 24. März 1955 wird in der Weise geändert, daß die Barzahlung auf die insgesamt 400.000 DM betragende Erhöhung des Stammkapitals der Kieler Wohnungsbau GmbH. von 300.000 DM auf 341.020,50 DM erhöht wird. Die zusätzliche Barzahlung in Höhe von 41.020,50 DM ist aus dem Grunderwerbfonds zu finanzieren.

B e g r ü n d u n g

Die Ratsversammlung hat am 24. März 1955 eine Erhöhung des Stammkapitals der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. um 400.000 DM auf insgesamt 4.000.000 DM beschlossen. Nach dem Willen der Ratsversammlung sollte die Erhöhung des Stammkapitals durch Barzahlungen in Höhe von 300.000 DM und Grundstücksübergabungen in Höhe von 100.000 DM bewirkt werden. Die Kieler Wohnungsbau GmbH. hat beantragt, den noch ausstehenden Restbetrag auf die Stammkapitaleinlage in Höhe von 41.020,50 DM ebenfalls in bar zu bewirken, um den sehr stark angespannten Bedarf an Betriebsmitteln zu stärken. Nach dem Beschluß der Gesellschafterversammlung sollte zwar der noch ausstehende Betrag durch käufliche Überlassung von im Eigentum der Stadt stehende Grundstücke eingebracht werden. Von dieser Regelung kann jedoch im Hinblick darauf, daß die Gesellschaft im Sanierungsgebiet Sandkrug/Raaschstraße/Hügelstraße/Norddeutsche Straße in erheblichem Umfange Grundstückskäufe getätigt hat, die ihrer Natur nach als Aufgaben der Stadt Kiel zu werten sind, abgesehen werden. Dem Antrag der Kieler Wohnungsbau GmbH. kann auch im Hinblick darauf zugestimmt werden, daß Barzahlungen und Grundstücksübergabungen letztlich doch zu Lasten des Grunderwerbfonds gehen.

Dr. F u c h s

Kiel, den 11. Mai 1957

Drucksache 287

Betrifft: Verteilung des Restbetrages aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. F u c h s

Antrag: Der restliche noch verfügbare Teilbetrag aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957 in Höhe von 733.000 DM ist zur Teilfinanzierung folgender Bauvorhaben heranzuziehen:

Ausbau der Schönberger Straße zwischen Wischhofstraße und Gabelsbergerstraße	643.000 DM
Ausbau des Grasweges	90.000 "
	<hr/>
insgesamt	733.000 DM
	=====

Kleinere Abweichungen von diesem Verteilungsplan sind zugelassen, soweit sich bei der Ausführung der Bauvorhaben eine solche Notwendigkeit ergibt.

B e g r ü n d u n g :

Die Verteilung der noch nicht festgelegten Restmittel aus dem Kommundarlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder hat sich die Ratsversammlung bis nach Verabschiedung des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957 vorbehalten. Die im Antrag zu dieser Vorlage festgelegte Verwendung des Darlehensteilbetrages von 733.000 DM entspricht dem der Ratsversammlung gleichzeitig vorgelegten Gesamtverteilungsplan sämtlicher verfügbarer Finanzierungsmittel.

Dr. F u c h s

Zu Punkt 24 der Tagesordnung

Der Magistrat
Finanzausschuß
Kämmereiamt

Kiel, den 15. Mai 1957

Drucksache 288

Betrifft: Spitzenfinanzierung von Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Die bereits verfügbaren bzw. voraussichtlich noch zu erwartenden zweckfreien Finanzierungsmittel des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957 sind in Höhe von insgesamt rd. 3.000.000 DM mit den angegebenen Beträgen zur Finanzierung folgender Bauvorhaben heranzuziehen:

Nr.	Haushaltsstelle Bezeichnung	DM	Voraussicht- liche Gesamt- kosten DM
V			
021/125	Neubau für das Nahrungsmittel- untersuchungsamt	315.000	315.000
511/120	Verbindungsbau zwischen dem Ver- waltungsgebäude und dem Haus 3 der Städt. Krankenanstalt, Schlußbewilligung	43.000	43.000
641/235	Arbeitgeberdarlehen, 3. Kredit- programm (veranschlagt im außer- ordentlichen Haushaltsplan 1956)	100.000	150.000
651/1813	Verlegung der Bundesstraße 4 südlich Kiels, 2. Rate	230.000	350.000
1814	Ausbau einer Werkzufahrtsstraße von der Werftstraße in das Ge- lände der ehemaligen Germania- werft gegenüber der Einmündung des Karlstal in die Werftstraße	282.000	330.000
1816	Fußwegbefestigung in der Bruns- wiker Straße zwischen Baustraße und Feldstraße	30.000	30.000
1818	Ausbau des Grasweges	90.000	90.000
1819	Ausbau der neuen Schönberger Straße zwischen Wischhofstraße und Gabelsbergerstraße	646.000	800.000
1825	Regulierung der Fahrbahndecke der Troppauer Straße von der Teplitzer bis zur Marienbader Straße mit Bau einer Schwarzdecke	22.000	22.000

V	Nr.	Haushaltsstelle Bezeichnung	DM	Voraussichtliche Gesamtkosten DM
	1826	Straßenverbreiterung in der Saarbrückenstraße im Teilabschnitt Mettlachstraße bis zum Bahnhof Hassee an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 3	41.000	41.000
	651/1828	Bau eines behelfsmäßigen Fußweges an der Westseite des Schwentinebrückenzuges (Holsatia Mühle)	50.000	50.000
	701/120	Ausbau der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Kiel	160.000	320.000
	7021/1601	Pumpstation für das Tiefgebiet Friedrichsort, 2. Rate - Schlußbewilligung -	70.000	170.000
	1602	Bau von Schmutzwasserkanälen im Gebiet Stromeyerallee und in der Fritz-Reuter-Straße, Reststrecke, in Pries-Friedrichsort	69.000	200.000
	1605	Bau von Kanälen in der Schönberger Straße von der Kuchelstraße bis zur Gabelsbergerstraße	45.000	72.000
	1607	Bau des Schmutzwasserhauptsammlers von der Kaistraße bis zum Karlstal und des Regenwassersammlers vom Vollratsbach bis zum Karlstal	600.000	1.100.000
	1608	Bau eines Regenwasserkanals in der Willestraße	35.000	65.000
	1610	Bau eines Schmutzwasserkanals in der Alten Lübecker Chaussee von der Stormarnstraße bis Rondeel	13.000	43.000
	73/121	Bau einer Arbeiterunterkunft mit Büroraum, Geräteraum und Einbau einer öffentlichen Abortanlage auf dem Urnenfriedhof	30.000	30.000
	826/261	Grundüberholung des Olympiahafens, Teil 3	50.000	50.000
	863/235	Aufbaudarlehen für die Kieler Seefischmarkt GmbH.	60.000	60.000
		insgesamt	2.981.000	4.331.000

Verlagerungen innerhalb der vorstehende Finanzierungsmittel, die nicht von wesentlicher Bedeutung sind, werden zugelassen, sofern sich eine solche Notwendigkeit bei Ausführung der Bauvorhaben ergibt.

B e g r ü n d u n g

Der im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1957 ausgewiesene Darlehensbedarf der Kämmererverwaltungen sowie der Hafens- und Verkehrsbetriebe beträgt 18.339.096 DM. Von diesem Betrag sind unter Hinzurechnung eines Spitzenbetrages in Höhe von 100.000 DM aus dem außerordentlichen Haushaltsplan 1956 (Arbeitgeberdarlehen) rd. 5,9 Mio. DM noch nicht gedeckt. Zur Deckung dieses Finanzbedarfs stehen folgende Kommunaldarlehen zur Verfügung:

Restbetrag des Darlehens der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für 1957	733.000 DM
Darlehen der Kieler Spar- und Leihkasse	1.000.000 "
Darlehen einer Versicherungsgesellschaft	<u>480.000 "</u>
insgesamt	2.213.000 DM

Darüber hinaus können noch herangezogen werden

Finanzierungsreserven der außerordentlichen Haushaltspläne früherer Jahre	<u>137.000 "</u>
insgesamt	2.350.000 DM

Das Kämmereramt hofft, daß es ihm gelingen wird, noch weitere Finanzierungsmittel, insbesondere Kredite in Höhe von rd.

650.000 "

beschaffen zu können, so daß die Ratsversammlung über insgesamt rd.

3.000.000 DM
=====

zur Spitzenfinanzierung des außerordentlichen Haushaltsplanes verfügen kann. Bei der Auswahl der mit diesen Mitteln zu finanzierenden Maßnahmen des außerordentlichen Haushaltsplanes kommt es zunächst darauf an, die Fortführung derjenigen Bauvorhaben sicherzustellen, mit denen im Vorjahr bereits begonnen worden ist. Darüber hinaus ist insbesondere zu berücksichtigen, daß durch die Bereitstellung von Eigenmitteln vielfach erst die Voraussetzungen für die Zuteilung von Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge und von sonstigen Bundes- bzw. Landesmitteln geschaffen werden. Dies trifft insbesondere für den Straßenbau und die Bauvorhaben der Stadtentwässerung zu.

Nach Einsatz der vorhandenen bzw. noch zu erwartenden Finanzierungsmittel in Höhe von rd. 3.000.000 DM bleibt die Finanzierung für folgende Bauvorhaben noch offen:

Haushaltsstelle		DM	Voraussichtliche Gesamtkosten DM
Nr.	Bezeichnung		
V 432/120	Bau eines Pflegeheimes an der Wahlestraße	600.000	1.100.000
651/1812	Ausbau der Friedenstraße zwischen Schönberger Straße und dem Arsenalgelände	37.096	120.000
1815	Ausbau der neuen Uferstraße südlich des Hindenburgufers, I. Bauabschnitt, 2. Rate	171.000	171.000

Haushaltsstelle		DM	Voraussichtliche Gesamtkosten
Nr.	Bezeichnung		DM
V			
651/1817	Umbau von Siedlungsstraßen östlich der Projensdorfer Straße	264.000	300.000
1821	Omnibushalteplatz in Kiel-Friedrichsort gegenüber dem Hauptwerktor der MaK	67.000	67.000
1822	Umpflasterung des Sophienblatts zwischen Ziegelteich und Lerchenstraße	50.000	50.000
1824	Verlängerung der Alten Weide mit Anlegung eines Wendeplatzes einschließlich Grundstücksauffahrten	45.000	45.000
1827	Fußgängerbrücke Röhberg	35.000	35.000
1829	Ausbau des Fußweges zwischen der Feldstraße und dem Niemansweg	23.000	23.000
701/120	Ausbau der Straßenbleuchtung im Stadtgebiet Kiel	160.000	320.000
7021/1600	Bau eines Schmutzwassersammlers vom Schusterkrug nach Holtenau, 1. Rate	31.000	230.000
1612	Bau von Schmutzwasserkanälen im Siedlungsgebiet Buschblick	157.000	250.000
1613	Bau von Schmutzwasserkanälen im Gebiet Brückenstraße	75.000	120.000
1614	Bau einer Kläranlage für das Gebiet Brückenstraße	12.000	12.000
703/120	Neubau eines Verwaltungsgebäudes für das Stadtreinigungsamt	206.000	206.000
7433/120	Bau eines Schwimmbades auf dem Ostufer, 1. Rate	400.000	400.000
826/261	Neubau der Gaardener Brücke	500.000	500.000
863/235	Aufbaudarlehen für die Kieler Seefischmarkt GmbH.	40.000	100.000
insgesamt		2.873.096	4.049.000

Da der Betrag von rd. 3.000.000 DM bereits Darlehensmittel in Höhe von rd. 650.000 DM enthält, die z.Z. noch nicht verfügbar sind, müssen Überschreitungen bei dem Einsatz der Finanzierungsmittel unter allen Umständen vermieden werden. Auch muß sichergestellt sein, daß

keine Überschreitungen in den Gesamtkosten der lt. Antrag finanzierten Bauvorhaben eintreten und daß die veranschlagten sonstigen Einnahmen, insbesondere die Förderungsbeträge der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, in vollem Umfang eingehen werden.

Dr. F u c h s

Zu Punkt 25 der Tagesordnung

Ratsherrenfraktion Kieler Block

Kiel, den 22. Mai 1957

Ratsherrenfraktion der SPD

Drucksache 310

Betr.: Beirat für Verkehrsangelegenheiten

Interfraktioneller Antrag für die Ratsversammlung am 27.5.1957.

Die Ratsversammlung wolle beschließen:

Es wird ein Beirat mit beratenden Befugnissen für Verkehrsfragen der Stadt Kiel gebildet. Die Mitglieder werden durch die Ratsversammlung für die Dauer der Legislatur-Periode gewählt. Der Beirat besteht aus:

2 Ratsherren

2 weiteren von der Fraktion zu benennenden Mitgliedern (können auch Ratsherren sein)

und 10 Mitgliedern, die von folgenden Organisationen vorzuschlagen sind:

Allgemeiner Kieler Kommunalverein v. 1945 e.V.

Allgem. Deutscher Automobil-Club (ADAC) e.V. - Kiel -

Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein e.V. - Kiel -

Landesverband für das Verkehrsgewerbe

Bund Deutscher Radfahrer Kreisverband Kiel

Arbeitsgemeinschaft Kieler Frauen

ÖTV

Industrie- und Handelskammer Kiel

Kieler Jugendring

ein vom Schulamt zu benennender Pädagoge.

Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen den Mitgliedern, die Ratsherren sind. Die Geschäftsordnung der Ausschüsse gilt sinngemäß für die Sitzungen des Beirates.

Aufgabe des Beirates ist es, der Selbstverwaltung der Stadt Kiel Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Verkehrssicherheit zu machen. Die Vorschläge sind an den Magistrat zu richten, der für weitere Bearbeitung sorgt.

Wenn Sachverständige aus der Stadtverwaltung für die Arbeiten des Beirates benötigt werden, sind diese vom Vorsitzenden bei dem für den Fachbereich zuständigen Dezernenten anzufordern. Dem Ersuchen soll Folge geleistet werden, wenn nicht besondere dienstliche Gründe dagegen sprechen.

S c h u b e r t

S c h a t z

Vorsitzender der Ratsherren-Fraktion
Kieler Block

Vorsitzender der SPD-
Ratsherrenfraktion

Kiel, den 2. Mai 1957

Drucksache 241Betr.: Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der städtischen
KiesgrubeBerichterstatter: Stadtrat B o r c h e r t

- Antrag: a) Für die Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der städt. Kiesgrube werden bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 653/680 - Aushilfsarbeiter - 3.000,00 DM zur Verfügung gestellt.
- b) Zum Ausgleich der Mehrausgaben wird die Haushaltsstelle 653/23 - Verkaufserlöse - von 70.000,00 DM um 3.000,00 DM auf 73.000,00 DM erhöht.

Begründung:

Im Haushaltsjahr 1956 (Nachtragshaushalt) standen der Kiesgrube für die Bezahlung von Aushilfsarbeitern (firmeneigene Arbeiter im Tagelohn bei besonderen Spitzen in der Kiesabfuhr) 7.000,00 DM zur Verfügung. Im Haushaltsplan 1957 sollte auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes versucht werden, ohne Aushilfsarbeiter auszukommen. Es hat sich jedoch schon jetzt gezeigt, daß sich Spitzen in der Inanspruchnahme der Kiesgrube bilden, die ohne die Möglichkeit des kurzfristigen Einsatzes von Aushilfsarbeitern nicht bewältigt werden können. Die Mehrkosten in Höhe von 3.000,00 DM werden durch Mehreinnahmen gedeckt.

I.V.
Engert
Stadtrat

Zu Punkt 27 der Tagesordnung

Der Magistrat

Amt für Vertriebene,
Flüchtlinge u. Kriegsgeschädigte

Kiel, den 18. April 1957

Drucksache 248

Betrifft: Erhöhung der Ansätze für die Haushaltsstellen 442 und 443/657 - Beleuchtung, Reinigung, Wasser -

Berichterstatter: Stadtrat Bade

Antrag: Nachstehender Sofortentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 106 GO. wird zugestimmt:

"Gemäß § 106 GO. genehmige ich im Wege der Sofortentscheidung nachstehende überplanmäßige Ausgaben für das Rechnungsjahr 1956:

Bei der Haushaltsstelle 442/657
- Beleuchtung, Reinigung, Wasser - = 6.400,-- DM,

bei der Haushaltsstelle 443/657
- Beleuchtung, Reinigung, Wasser - = 4.700,-- DM.

Die Deckung der Ausgaben erfolgt im Rahmen des Gesamtabschlusses für das Rechnungsjahr 1956.

Diese Sofortentscheidung ist unverzüglich der Ratsversammlung zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen."

B e g r ü n d u n g

Bei den vorgenannten Haushaltsstellen sind als voraussichtlicher Bedarf für das Rechnungsjahr 1956 veranschlagt worden:

Haushaltsstelle 442/657 = 80.000,-- DM

Haushaltsstelle 443/657 = 32.000,-- DM

Um die gem. § 35 /2 GemHVO gegebenen Bestimmungen der Rechnungsabgrenzung einzuhalten und um die noch vorliegenden Stromabrechnungen der Stadtwerke begleichen zu können, ist eine Erhöhung der Ansätze unumgänglich.

Der Mehrbedarf hat sich zwangsläufig dadurch ergeben, daß der für die Durchführung des Barackenräumprogramms erforderliche Wohnraum (Neubau) nicht zur Verfügung gestellt werden konnte und somit die für eine Räumung vorgesehenen Lager über den geplanten Auflösungs-termin hinaus weiter bestehen bleiben mußten.

Aus diesem Grunde mußten schon für das Rechnungsjahr 1956 Reste aus dem II. Räumprogramm übernommen werden, die wiederum zu einer Verzögerung in der Durchführung des III. Räumprogramms führten.

Auch künftig werden diese Schwierigkeiten nicht zu vermeiden sein, da sich zwischen Planung und der endgültigen Fertigstellung der Wohnräume sehr oft zeitliche Differenzen von mehreren Monaten ergeben.

Dem Ausschuß für Vertriebene wird die Vorlage umgehend zur Kenntnis gegeben.

Die Entscheidung des Magistrats konnte nicht mehr eingeholt werden, weil die Kassenbücher der Stadthauptkasse am 30.4. 1957 abgeschlossen werden.

B a d e
Stadtrat

Drucksache 269

Betrifft: Besetzung des Beirats für die Außenwerbung.

Berichterstatter: Stadtrat Borchert

Antrag: In den Beirat für die Außenwerbung werden ab 2.6.1957 auf die Dauer von 2 Jahren berufen:

Als Vertreter der Industrie- und Handelskammer

als Mitglied:	als Vertreter:
Kaufmann Fritz Schlumbohm Kiel, Düppelstraße 14	Geschäftsführer Heinz Heintzenberg, Kiel, Hardenbergstraße 36

Als Vertreter des Bundes Deutscher Architekten

als Mitglied:	als Vertreter:
Architekt BDA Paul F.E. Siemers, Kiel, Ring- straße 57 a	Architekt BDA Wolfgang Vogt, Kiel, Reventloulallee 5

Als Vertreter des Haus- und Grundeigentümergebietes von
Kiel und Umgegend e.V.

als Mitglied:	als Vertreter:
Architekt Heinrich Brockstedt, Kiel, Quinckestraße 18	Klempnermeister Henry Pankow, Kiel Blücherstraße 1

Als Vertreter des Bauaufsichtsamtes

als Mitglied:	als Vertreter:
Mag. Oberbaurat Schulze	Architekt Gerschel

Als Vertreter des Stadtplanungsamtes

als Mitglied:	als Vertreter:
Mag. Baudir. Willing	Dipl.-Arch. Schönfeld

Als Vertreter des Amtes für Wirtschaftsförderung

als Mitglied:	als Vertreter:
Mag. Rat Müller	Stadtamtman Böttger

Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Kieler Wohnungs-
unternehmen

als Mitglied:	als Vertreter:
Geschäftsführer Werner Klouth, Kiel, Hassel- dieksdammer Weg 37	Karl Müller, Kiel, West- ring 235

B e g r ü n d u n g

Die Vertreter der Organisationen und städtischen Ämter in dem Beirat für die Außenwerbung wurden gem. § 6 der Satzung der Stadt Kiel über Außenwerbung vom 18.10.1954 erstmalig durch Beschluß der Ratsversammlung vom 2.6.1955 auf die Dauer von 2 Jahren berufen. Ihre Amtszeit endet mit dem 1.6.1957.

Die Organisationen und städtischen Ämter haben auf Anforderung Vorschläge für die neue zweijährige Amtszeit ab 2.6.1957 unterbreitet. Mit Ausnahme von Mag.Rat Müller, der an die Stelle des aus dem städt. Dienst ausgeschiedenen Mag. Dir. Dr. Dabelstein tritt, ist die Wiederberufung der bisherigen Mitglieder vorgeschlagen worden.

Es wird gebeten, die Berufungen entsprechend den eingegangenen Vorschlägen vorzunehmen.

B o r c h e r t
Stadtrat

Kiel, den 23. Mai 1957

Notiz!

Dringlichkeits-Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung am 27. Mai 1957

$\frac{1+2}{ab 24.5.57, 8er}$
Kv.

Öffentliche Sitzung

- 30) Schüleraustausch Coventry
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 300 -
- 31) Bau einer Feuerlöschleinrichtung auf dem Müllplatz
Hamburger Chaussee
Stadtrat Ritter - Drs. 308 -
- 32) Neuwahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmit-
gliedes für die Kieler Seefischmarkt GmbH.
Oberbürgermeister - Drs. 301 -
- 33) Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG
Kiel-Schönberg
Oberbürgermeister - Drs. 302 -
- 34) Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG
Kiel-Segeberg
Oberbürgermeister - Drs. 303 -
- 35) Antrag der SPD-Fraktion betr. Resolution zu den
Atombombenversuchen - Drs. 309 -

2)

- a) die Kieler Nachrichten
- b) die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

Ratsversammlung. Dringlichkeits-Nachtragstagesordnung für die Sitzung der Ratsversammlung am 27.5.1957, 15 Uhr, im Ratssaal des Rathauses in Kiel. Öffentliche Sitzung: 30. Schüleraustausch Coventry; 31. Bau einer Feuerlöschleinrichtung auf dem Müllplatz Hamburger Chaussee; 32. Neuwahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes für die Kieler Seefischmarkt GmbH.; 33. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG Kiel-Schönberg; 34. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG Kiel-Segeberg; 35. Antrag der SPD-Fraktion betr. Resolution zu den Atombombenversuchen.

- Der Stadtpräsident -

3) Eine Dringlichkeits-Nachtragstagesordnung ist im Rathaus auszu-
hängen.

3-41

4) ZdaA. für die Sitzung der Ratversammlung am 27. Mai 1927

1+2
27.5.27
W

Öffentliche Sitzung

Dr. Sievers

(Dr. Sievers)

22/5
W

W 23

- Drs. 300
- Drs. 308
- Drs. 301
- Drs. 305
- Drs. 309

- 30) Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft auf dem Mühlplatz
- 31) Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft
- 32) Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft
- 33) Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft
- 34) Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft
- 35) Antrag der SPD-Fraktion betr. Resolution zu den Atomdenkversuchen

die Kieler Nachrichten
die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

Ratversammlung. Dringlichkeits-Nachtragstagesordnung für die Sitzung der Ratversammlung am 27.5.1927, 15 Uhr, im Rathaus des Rathauses in Kiel. Öffentliche Sitzung: 30. Schlichter Hansch Covenary; 31. Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft; 32. Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft; 33. Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft; 34. Wahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes der Kieler Seefisch-Genossenschaft; 35. Antrag der SPD-Fraktion betr. Resolution zu den Atomdenkversuchen.

Kiel, den 23. Mai 1957

Dringlichkeits-Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung am 27. Mai 1957

- - - -

Öffentliche Sitzung

- 30) Schüleraustausch Coventry
Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 300 -
- 31) Bau einer Feuerlöscheinrichtung auf dem Müllplatz
Hamburger Chaussee
Stadtrat Ritter - Drs. 308 -
- 32) Neuwahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmit-
gliedes für die Kieler Seefischmarkt GmbH.
Oberbürgermeister - Drs. 301 -
- 33) Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG
Kiel-Schönberg
Oberbürgermeister - Drs. 302 -
- 34) Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG
Kiel-Segeberg
Oberbürgermeister - Drs. 303 -
- 35) Antrag der SPD-Fraktion betr. Resolution zu den
Atombombenversuchen - Drs. 309 -

Dr. S i e v e r s

Der Magistrat

Schul- und Kulturred
Schul- und Kulturred
Schul- und Kulturred

Zu Punkt 30 der Tagesordnung

Kiel, den 16. Mai 1957

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 300

Betrifft: Schüleraustausch Coventry

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 231/727
- Schüleraustausch Kiel-Coventry - wird eine außerplan-
mäßige Ausgabe in Höhe von 1.500,-- DM genehmigt.
Die Deckung wird im Rahmen des Nachtraghaushaltsplanes
1957 geregelt.

B e g r ü n d u n g:

Gelegentlich eines Besuches einer Kieler Delegation unter Führung des Stadtpräsidenten in Coventry ist vereinbart worden, während der Sommerferien 1957 einen Schüleraustausch vorzunehmen. In diesem Jahre soll zunächst ein Austausch von je 7 Schülern stattfinden.

Nach dem Ergebnis dieses Austausches soll geprüft werden, ob und in welchem Umfange eine Fortsetzung möglich ist.

Die Stadt Kiel soll die Fahrtkosten für die Kieler Schüler übernehmen, die sich auf etwa 1.500,-- DM belaufen werden. Der Schulausschuß hat der Vorlage des Schulamtes in seiner Sitzung am 9. Mai 1957 einstimmig zugestimmt.

Dr. Hoffmann

Der Magistrat

Stadtreinigungsausschuß
Stadtreinigungs- und Fuhramt

Kiel, den 20. Mai 1957

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 308

Betrifft: Bau einer Feuerlöscheinrichtung auf dem Müllplatz
Hamburger Chaussee

Berichterstatter: Stadtrat Ritter

Antrag: 1. Die Dringlichkeit wird anerkannt.

2. Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 703/6.955 - mit der Bezeichnung "Feuerlöscheinrichtung auf dem Müll- und Kehrichtablageplatz Hamburger Chaussee" - wird die Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 6.000 DM genehmigt. Der Haushaltsansatz 703/6.982 - Anhänger-Luftkipper - wird um den gleichen Betrag gekürzt. Die Beschaffung des Anhängers wird zurückgestellt.

B e g r ü n d u n g

Der Kehricht- und Müllablageplatz an der Hamburger Chaussee, auf welchem Straßenkehricht und Hausmüll abgelagert wird, hat in den letzten Wochen sehr oft gebrannt. Begünstigt wird das Brennen durch die trockene Witterung und den anhaltenden Wind. Durch den Qualm werden die Anwohner der Hamburger Chaussee und der angrenzenden Siedlungen stark belästigt, wenn der Wind den Rauch in diese Richtung treibt. Die Brände mußten von der Feuerwehr gelöscht werden, weil Feuerlöscheinrichtungen auf dem Platz nicht vorhanden sind. Das Löschwasser wird einem Hydranten an der Hamburger Chaussee entnommen. Um Abhilfe zu schaffen, ist beabsichtigt, auf dem Müllplatz selbst einen Hydranten anzulegen. Dann ist es möglich, mit eigenen Leuten die Brandbekämpfung vorzunehmen und die Brände schon im Entstehen zu löschen, so daß Belästigungen der Bevölkerung durch Rauch nicht mehr eintreten werden. Es muß eine Leitung in einer Länge von etwa 150 m verlegt werden.

Die Dringlichkeit ist anzuerkennen, weil mit den Arbeiten sofort begonnen werden soll, um weitere Belästigungen der Bevölkerung zu vermeiden.

R i t t e r
Stadtrat

Der Magistrat

Wirtschaftsausschuß
Amt für Wirtschaftsförderung

Kiel, den 13. Mai 1957

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 301

Betrifft: Neuwahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes für die Kieler Seefischmarkt GmbH.

Bericht- Oberbürgermeister.
erstatter:

Antrag: Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kieler Seefischmarkt G.m.b.H.

Magistratsrat M ü l l e r
zur Wahl vorgeschlagen.

Begründung

Die Stadt Kiel ist an der Kieler Seefischmarkt G.m.b.H. mit 52 % beteiligt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 9 Mitgliedern, von denen 4 Mitglieder die Stadt stellt. Für jedes Mitglied ist ein Vertreter benannt.

Als Vertreter für das Aufsichtsratsmitglied und gleichzeitigen Vorsitz der Aufsichtsrates, Oberbürgermeister Dr. Müthling, war Magistratsdirektor Dr. Dabelstein benannt.

Dr. Dabelstein schied am 15.1.1957 aus dem Dienst der Stadt Kiel aus und bat, ihn von seinen Aufgaben als stellv. Aufsichtsratsmitglied zu entbinden.

Der nächsten einzuberufenden Gesellschafterversammlung der Kieler Seefischmarkt G.m.b.H. ist deshalb vorzuschlagen, anstelle Dr. Dabelsteins

den Magistratsrat Hans M ü l l e r

als stellv. Mitglied des Aufsichtsrats der Gesellschaft zu wählen. Der Wirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung vom 10.5.1957 dem Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt.

Dr. Müthling

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 302

Betrifft: Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG
Kiel-Schönberg

Bericht-
erstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausge-
schiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird
als Vorstandsmitglied für die Kleinbahn AG. Kiel-
Schönberg

Magistratsrat M ü l l e r
vorgeschlagen.

Begründung

Die Stadt Kiel ist an der Kleinbahn AG. Kiel-Schönberg mit
181.000,- DM = rd. 20 % des Stammkapitals beteiligt. Sie wird
im Aufsichtsrat, der aus 6 Mitgliedern besteht, durch Stadtrat
Ritter (gleichzeitiger stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
vertreten.

Der Vorstand der Kleinbahn AG. Kiel-Schönberg bestand aus 2 vom
Aufsichtsrat bestellten Mitgliedern

Direktor Ludwig Ziehm in Frankfurt a. Main und
Magistratsdirektor Dr. Dabelstein in Kiel.

Magistratsdirektor Dr. Dabelstein schied am 15.1.1957 aus dem
Dienst der Stadt Kiel aus und stellte sein Amt als Vorstands-
mitglied zur Verfügung.

Die Stadt Kiel legt Wert darauf, auch weiterhin im Vorstand
vertreten zu sein.

Für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied wird deshalb

der Magistratsrat Hans M ü l l e r

dem Aufsichtsrat der Kleinbahn AG. Kiel-Schönberg zur Wahl in
der nächsten Aufsichtsratssitzung vorgeschlagen.

Der Wirtschaftsausschuß hat in seiner Sitzung vom 10.5.1957
dem Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt.

Dr. Müthling

Zu Punkt 35 der Tagesordnung

SPD-Ratsherrenfraktion

Kiel, den 22. Mai 1957

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 309

An den Stadtpräsidenten
Herrn Dr. S i e v e r s

h i e r

Betr.: Tagesordnung für die Ratsversammlung am Montag,
dem 27. Mai 1957.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident!

Wir möchten Sie höflich bitten, die nachstehende Resolution in
der kommenden Ratsversammlung zur Abstimmung zu stellen.

"Kielerinnen und Kieler!

Der große Arzt und Nobelpreisträger, Dr. Albert Schweitzer,
hat einen Appell an das Weltgewissen und die verantwortlichen
und großen Atomkräfte gerichtet, die verhängnisvollen Versuche
mit Atombomben endlich einzustellen. 18 bedeutende deutsche
Atomwissenschaftler haben in einer gemeinsamen Erklärung eben-
falls in unmißverständlicher Weise zu der Gefährdung alles
Lebens auf der Erde Stellung genommen. Sie alle legen ent-
scheidenden Wert darauf, daß die öffentliche Meinung in der
ganzen Welt sich der nie dagewesenen Gefahren bewußt wird,
welche durch Atomwaffen und auch bereits durch Versuche mit
solchen Waffen heraufbeschworen werden.

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel begrüßt den
Aufruf Dr. Albert Schweitzers sowie die Erklärung der deut-
schen Atomphysiker. Sie bittet die Landesregierung, ihre
Vertreter im Bundesrat anzuweisen, auf die Bundesregierung
einzuwirken, ihre Bemühungen, ein internationales Abkommen
zur Einstellung der Atombombenversuche zustande zu bringen,
tatkräftig fortzusetzen.

Die Ratsversammlung fordert alle Kielerinnen und Kieler auf,
an der Mobilisierung des Gewissens gegen den Selbstmord
der Menschheit teilzunehmen. Nur die lebendige Mitwirkung
der gesamten Bevölkerung kann den Widerstand der Öffentlich-
keit gegen die fortgesetzten Atombombenversuche so stark
werden lassen, daß die warnenden Stimmen Dr. Albert Schweitzers
und der 18 deutschen Atomwissenschaftler nicht ungehört ver-
hallen."

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, für Ihr
Entgegenkommen und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

S c h a t z

Fraktionsvorsitzender

Anwesenheitsliste

Sitzung der Ratsversammlung am 27. 5. 1957

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1.	Stadtrat Bade	Bade
2.	Ratsherr Beth	Beth
3.	Ratsherr Book	Book
4.	Stadträtin Brodersen E	Brodersen
5.	Ratsherr Drews	Drews
6.	Ratsherr ^{Dr. Mörschner} Fischer	Dr. Mörschner
7.	Ratsherrin Franke	Franke
8.	Ratsherrin Franzius	Franzius
9.	Stadtrat Hartmann	Hartmann
10.	Ratsherr Herbst	Herbst
11.	Ratsherr Hildebrand	Hildebrand
12.	Stadträtin Hinz	Hinz
13.	Ratsherr Jeske	Jeske
14.	Ratsherr Dr. Kasch	Dr. Kasch
15.	Stadtrat Köster	Köster
16.	Stadtrat Kowalewsky	Kowalewsky
17.	Ratsherr Dr. Krieger	Dr. Krieger
18.	Ratsherr Lüdemann	Lüdemann
19.	Ratsherr Lühr	Lühr

Lfd. Nr.	N a m e	Unterschrift
20.	Ratsherr Lütgens	Lütgens
21.	Ratsherr Marth	Marth
22.	Stadtrat Dr. Meier-Bant	Meier-Bant
23.	Ratsherr Neumann	Neumann
24.	Ratsherr Nolte	Nolte
25.	Ratsherr Pfaff	Pfaff
26.	Ratsherr Ratz E	Ratz E
27.	Ratsherr Reinke	Reinke
28.	Ratsherr Renger	Renger
29.	Stadtrat Ritter	Ritter
30.	Stadtrat Dr. Rüdell	Rüdell
31.	Stadtrat Schatz	Schatz
32.	Ratsherrin Schröder	Lea Schröder
33.	Ratsherr Schröder	H. Schröder
34.	Stadtrat Schubert	Schubert
35.	Ratsherr Sichelschmidt	Sichelschmidt
36.	Stadtpräsident Dr. Sievers	Dr. Sievers
37.	Ratsherr Stams	Stams
38.	Ratsherr Steinert	Steinert
39.	Ratsherr Thaddey	Thaddey
40.	Ratsherrin Vormeyer	Vormeyer
41.	Ratsherrin Wallbaum	Wallbaum
42.	Ratsherr Dr. Wersin	Wersin
43.	Ratsherr Westphal	Westphal
44.	Ratsherr Willumeit	Willumeit
45.	Ratsherr Winkelmann	Winkelmann

342

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung
am 27. Mai 1957

Beginn: 15.¹⁵~~00~~ Uhr

Ende: 19.05 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Anwesend: Stadträte: Bade, ~~Frau Brodersen~~, Hartmann, Frau Hinz, Köster, Kowalewsky, Dr. Meier-Bant, Ritter, Dr. Rüdell, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, Book, Drews, Frau Franke, Frau Franzius, Hildebrand, Herbst, Jeske, Dr. Kasch, Dr. Krieger, Lüdemann, Lühr, Lütgens, Marth, Dr. Mörschner, Neumann, Nolte, Pfaff, ~~Ratz~~, Reinke, Renger, Schröder, Frau Schröder, Sichelschmidt, Stams, Steinert, Thaddey, Frau Vormeyer, Frau Wallbaum, Dr. Wersin, Westphal, Willumeit, Winkelmann

Es fehlen
entschuldigt:

Stadträtin Brodersen, Ratsherr Ratz

Es fehlen
unentschuldigt:

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende
des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. Mithling, Bürgermeister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Prof. Jensen, Stadtschulrat Dr. Hoffmann, Stadträte: Borchert, Engert, Langbehn.

Anwesende
der Verwaltung:

Magistratsdirektor Koeppen, Magistratsyndikus v. Germar, Magistratsoberräte Gabriel, Dr. Kopp, ~~Materne~~, Puls, ~~Dr. Schröter~~, Mag. Räte: ~~Dröpper~~, Müller, Schlüter, ~~Dr. Willing~~, Stadtmedizinalrat ~~Dr. Papenberg~~, Mag. Schulräte Dr. Schütze u. Meibohm, Mag. Baudirektoren ~~Schroeder~~, Sauer, Willing, Mag. Ob. Bauräte: Dorow, ~~Schnee~~, Schulze, Dipl. Ing. Becker, Direktor Voss, Referent Witte, ~~Betr. Dir. Schulz~~, Intendant ~~Dr. Meyer~~, ~~Bürgermeister Ewers~~, ~~Suchsdorf~~

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

Die gestellten Anträge:

- Beschluß:
3. Die Einsprüche der Herren Ostrowicz und Dr. Puls werden zurückgewiesen und die Feststellung des Wahlleiters über das Nachrücken des Bewerbers Dr. Moerschner wird für gültig erklärt.

Beschluß:

Nach Antrag

4. Der 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1 wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

5. Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41 für das Baugebiet Beselerallee/Holtenuauer Straße/Waitzstraße/Knooper Weg wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

6. Der 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81 für das Baugebiet Schönberger Straße/Werftstraße/Klausdorfer Weg/Ballastberg/Ernst-Friedrich-Straße wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

7. Der 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91 - Baugebiet Ost-ring zwischen Große Ziegelstraße und Franziusallee - wird zu-
gestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

8. Dem Durchführungsplan Nr. 162 für das Baugebiet Saldernstraße/
Knooper Weg/Gutenbergstraße wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

9. a) Dem Durchführungsplan Nr. 163 für das Baugebiet Preetzer Straße
zwischen Werftstraße und Reeperbahn,
b) der 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 ~~wird~~
wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

10. a) Dem Durchführungsplan Nr. 164 für das Baugebiet Schwanensee-
platz/Werftstraße/Klausdorfer Weg/Hangstraße,
b) der 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

11. a) Dem Durchführungsplan Nr. 165 für das Baugebiet Stolze-
straße/Ballastberg/Sohststraße/Langenkampweg/Schönberger
Straße,
b) der 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

12. Im Zuge des Umbaues des Dreiecksplatzes und der damit verbun-
denen Zurückverlegung der Baufluchtlinie an der Westseite des
Platzes wird einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der neu einzu-
richtenden Haushaltsstelle 651/719 - Umbau des Dreiecksplatzes -
in Höhe von 60.000,--DM zugestimmt. Die Ausgabe ist im Rahmen
des Nachtragshaushaltsplanes zu decken.

Beschluß:

Nach Antrag

13. Nachstehende Sofortentscheidung des Magistrats vom 15.5.1957
nach § 106 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird ge-
nehmigt:

"Der Kostenaufstellung des Herrn Architekten Neveling wird bis
zum Betrage von 665.000,--DM zugestimmt. Ferner werden für den
Einbau der Garderobeneinrichtung, den Verdunkelungsvorhang und
für die Gebäudereinigung 11.000 DM bereitgestellt.

Zu diesem Zweck wird bei der Haushaltsstelle V 851/120 - Umbau
des Hotels Bellevue, 2. Rate - eine überplanmäßige Ausgabe in
Höhe von 66.500 DM genehmigt, die durch Entnahme aus dem Kapi-
talvermögen zu decken ist.

Solange keine Bestände im Kapitalvermögen vorhanden sind, dür-
fen Zwischenkredite zur Vorfinanzierung in Anspruch genommen
werden.

Die überplanmäßige Ausgabe ist in den Nachtragshaushaltsplan
aufzunehmen."

Beschluß:

**Nach Antrag mit 29 Stimmen gegen 8 Stimmen
bei 1 Stimmenthaltungen**

14. Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM sind nachstehende Beträge abzuzweigen und wie folgt bereitzustellen:

V 21/161 - Neubau einer Volksschule am Winterbeker Weg - Baukosten, 2. Rate 1.200.000,-- DM

Finanzierung:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	421.100,--	DM
Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	20.000,--	DM
Kommunaldarlehen	758.900,--	DM
	<hr/>	
	1.200.000,--	DM
	<hr/>	

V 21/162 - Neubau einer Volksschule am Gaußplatz, 2. Rate 1.158.000,-- DM

Finanzierung:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	78.900,--	DM
Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	449.000,--	DM
Kommunaldarlehen	630.100,--	DM
	<hr/>	
	1.158.000,--	DM
	<hr/>	

Beschluß:

Nach Antrag

15. Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 37.497,--DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 2661/121 - Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieurschule, Eckgebäude Knooper Weg/Legienstraße, Inventarkosten, Restbewilligung - bereitgestellt.

Beschluß:

Nach Antrag

16. Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 18.103,--DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/1507 - Neubau einer Volksschule an der Waitzstraße, Inventarkosten, II. Rate - bereitgestellt.

Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	9.000,-- DM
Kommunaldarlehen	9.103,-- DM
	<hr/>
	18.103,-- DM
	<hr/> <hr/>

Beschluß:

Nach Antrag

17. Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 168.840 DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/1504 - Neubau einer Volks- und Mittelschule, Elmschenhagen, Theodor-Möller-Schule, I. (Restbewilligung), II. und III. Bauabschnitt, Inventarkosten - bereitgestellt. Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	53.825,-- DM
Kommunaldarlehen	115.015,-- DM
	<hr/>
	168.840,-- DM
	<hr/> <hr/>

Beschluß:

Nach Antrag

18. Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 136.000,-DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/171 - Neubau einer Turnhalle an der Hermann-Löns-Schule, Elmschenhagen, Baukosten 2. Rate - bereitgestellt.

Beschluß:

Nach Antrag

19. Dem Abschluß eines Vertrages betr. Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggeendorfer Straße nach dem dieser Vorlage beigefügten Entwurf eines Vertragsangebotes wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

20. Die lfd. Kosten für Strom und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung in den Stadtrandsiedlungen
- a) der Baugenossenschaft "Eigenheim" Pries-Friedrichsort eGmbH. in Pries,
 - b) der Gemeinnützigen Heimstättengenossenschaft Kiel-Nord eGmbH. an der Projensdorfer Straße und
 - c) der Baugenossenschaft "Eigenheim Kiel eGmbH." zu Kiel (Hasseldieksdamm) in Hasseldieksdamm

werden mit Wirkung vom 1.11.1954 ab endgültig auf die Stadt übernommen.

Beschluß:

Nach Antrag

21. 1. Aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - verstärkte Förderung - dürfen im Rechnungsjahr 1957 Darlehen bis zum Betrage von 750.000 DM zu den vom Landesarbeitsamt, vom Land bzw. vom Bund noch festzusetzenden Bedingungen aufgenommen werden.
2. Der für das Rechnungsjahr 1956 durch Beschluß der Ratsversammlung vom 28. Juni 1956 festgesetzte Höchstbetrag der verstärkten Förderung wird von 585.816 DM auf 600.000 DM erhöht.

Beschluß:

Nach Antrag

22. Der Beschluß der Ratsversammlung vom 24. März 1955 wird in der Weise geändert, daß die Barzahlung auf die insgesamt 400.000 DM betragende Erhöhung des Stammkapitals der Kieler Wohnungsbau GmbH. von 300.000 DM auf 341.020,50 DM erhöht wird. Die zusätzliche Barzahlung in Höhe von 41.020,50 DM ist aus dem Grunderwerbfonds zu finanzieren.

Beschluß:

Nach Antrag mit Stimmen gegen Stimmen
bei Stimmenthaltungen

Stadtrat Schatz als Geschäftsführer der Kieler Wohnungsbaugesellschaft hat sich an der Beratung und Beschlußfassung nicht beteiligt.

23. Der restliche noch verfügbare Teilbetrag aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957 in Höhe von 733.000 DM ist zur Teilfinanzierung folgender Bauvorhaben heranzuziehen:

Ausbau der Schönberger Straße zwischen Wischhofstraße und Gabelsberger-Straße	643.000 DM
Ausbau des Grasweges	90.000 DM
	<hr/>
insgesamt	733.000 DM
	<hr/> <hr/>

Kleinere Abweichungen von diesem Verteilungsplan sind zugelassen, soweit sich bei der Ausführung der Bauvorhaben eine solche Notwendigkeit ergibt.

Beschluß:

Nach Antrag

24. Die bereits verfügbaren bzw. voraussichtlich noch zu erwartenden zweckfreien Finanzierungsmittel des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957 sind in Höhe von insgesamt rd. 3.000.000 DM mit den angegebenen Beträgen zur Finanzierung folgender Bauvorhaben heranzuziehen:

Nr.	Haushaltsstelle Bezeichnung	DM	Voraussicht- liche Gesamt- kosten DM
V			
021/125	Neubau für das Nahrungsmittel- untersuchungsamt	315.000	315.000
511/120	Verbindungsbau zwischen dem Ver- waltungsgebäude und dem Haus 3 der Städt. Krankenanstalt, Schlußbewilligung	43.000	43.000
641/235	Arbeitgeberdarlehen, 3. Kredit- programm (veranschlagt im außer- ordentlichen Haushaltsplan 1956)	100.000	150.000
651/1813	Verlegung der Bundesstraße 4 südlich Kiels, 2. Rate	230.000	350.000
1814	Ausbau einer Werkzufahrtsstraße von der Werftstraße in das Ge- lände der ehemaligen Germania- werft gegenüber der Einmündung des Karlstal in die Werftstraße	282.000	330.000
1816	Fußwegbefestigung in der Bruns- wiker Straße zwischen Baustraße und Feldstraße	30.000	30.000
1818	Ausbau des Grasweges	90.000	90.000
1819	Ausbau der neuen Schönberger Straße zwischen Wischhofstraße und Gabelsbergerstraße	646.000	800.000
1825	Regulierung der Fahrbahndecke der Troppauer Straße von der Teplitzer bis zur Marienbader Straße mit Bau einer Schwarz- decke	22.000	22.000
1826	Straßenverbreiterung in der Saarbrückenstraße im Teilab- schnitt Mettlachstraße bis zum Bahnhof Hassee an der Endhalte- stelle der Straßenbahnlinie 3	41.000	41.000
651/1828	Bau eines behelfsmäßigen Fuß- weges an der Westseite des Schwentinebrückenzuges (Holsatia Mühle)	50.000	50.000
701/120	Ausbau der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Kiel	160.000	320.000
7021/1601	Pumpstation für das Tieffe- biet Friedrichsort, 2. Rate - Schlußbewilligung -	70.000	170.000
1602	Bau von Schmutzwasserkanälen im Gebiet Stromeyerallee und in der Fritz-Reuterstraße, Reststrecke, in Pries-Fried- richsort	69.000	200.000

Nr.	Haushaltsstelle Bezeichnung	DM	Voraussicht- liche Gesamt- kosten DM
V			
1605	Bau von Kanälen in der Schön- berger Straße von der Kuchel- straße bis zur Gabelsberger- straße	45.000	72.000
1607	Bau des Schmutzwasserhaupt- sammlers von der Kaistraße bis zum Karlstal und des Regenwas- sersammlers vom Vollratsbach bis zum Karlstal	600.000	1.100.000
1608	Bau eines Regenwasserkanals in der Willestraße	35.000	65.000
1610	Bau eines Schmutzwasserkanals in der Alten Lübecker Chaussee von der Stormarnstraße bis Rondeel	13.000	43.000
73/121	Bau einer Arbeitsunterkunft mit Büroraum, Geräteraum und Einbau einer öffentlichen Ab- ortanlage auf dem Urnenfried- hof	30.000	30.000
826/261	Grundüberholung des Olympia- hafens, Teil 3	50.000	50.000
863/235	Aufbaudarlehen für die Kieler Seefischmarkt GmbH.	60.000	60.000
	insgesamt	2.981.000	4.331.000

Verlagerungen innerhalb der vorstehenden Finanzierungsmittel, die nicht von wesentlicher Bedeutung sind, werden zugelassen, sofern sich eine solche Notwendigkeit bei Ausführung der Bauvorhaben ergibt.

Beschluß:

Nach Antrag

25.- Es wird ein Beirat mit beratenden Befugnissen für Verkehrsfragen der Stadt Kiel gebildet. Die Mitglieder werden durch die Ratsversammlung für die Dauer der Legislatur-Periode gewählt. Der Beirat besteht aus:

2 Ratsherren

2 weiteren von der Fraktion zu benennenden Mitgliedern
(können auch Ratsherren sein)

und 10 Mitgliedern, die von folgenden Organisationen vorzuschlagen sind:

- Allgemeiner Kieler Kommunalverein v. 1945 e.V.
 - Allgem. Deutscher Automobil-Club (ADAC) e.V. - Kiel -
 - Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein e.V. - Kiel -
 - Landesverband für das Verkehrsgewerbe
 - Bund Deutscher Radfahrer Kreisverband Kiel
 - Arbeitsgemeinschaft Kieler Frauen
 - ÖTV
 - Industrie- und Handelskammer Kiel
 - Kieler Jugendring
- ein vom Schulamt zu benennender Pädagoge.

Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen den Mitgliedern, die Rats-herren sind. Die Geschäftsordnung der Ausschüsse gilt sinngemäß für die Sitzungen des Beirates.

Aufgabe des Beirates ist es, der Selbstverwaltung der Stadt Kiel Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Verkehrssicherheit zu machen. Die Vorschläge sind an den Magistrat zu richten, der für weitere Bearbeitung sorgt.

Wenn Sachverständige aus der Stadtverwaltung für die Arbeiten des Beirates benötigt werden, sind diese vom Vorsitzenden bei dem für den Fachbereich zuständigen Dezernenten anzufordern. Dem Ersuchen soll Folge geleistet werden, wenn nicht besondere dienstliche Gründe dagegen sprechen.

Beschluß:

Nach Antrag mit Stimmen gegen Stimmen
bei ~~..... Stimmenthaltungen~~

Stadtrat Köster hat sich der Stimme enthalten.

In den Beirat für Verkehrsangelegenheiten werden gewählt:

2 Ratsherren

1. Stadtrat Franz R i t t e r, Andreas-Gayk-Straße 9-11
2. Ratsherr Hermann M a r t h, Pestalozzistraße 28

2 weitere von den Fraktionen zu benennende Mitglieder

1. Frau Ratsherrin Elisabeth V o r m e y e r, Kirchhofallee 81
2. Ratsherr Hans T h a d d e y, Friedhofstraße 30

Auf Vorschlag der Organisationen und Verbände

1. Allgem. Kieler Kommunal-Verein von 1945 e.V.
Wilhelm R o g u s c h k e, Gablenzstraße 3
2. Automobilclub von Kiel (ADAC)
Hans F a e r b e r, Westring 200

3. Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein e.V. Kiel
Max W i t t m a a c k, Steinstraße 18
4. Landesverband für das Verkehrsgewerbe
Max F ü l l g r a f, Waitzstraße 67
5. Bund Deutscher Radfahrer, Kreisverband Kiel
Hugo W e t z e l, Waitzstraße 51
6. Arbeitsgemeinschaft Kieler Frauen
Frau Lisa H a n s e n, Franckestraße 2
7. ÖTV
Emil B e n d f e l d t, Sedanstraße 3
8. Industrie- und Handelskammer
Herbert P l a m b e c k, Lorentzendam 24
9. Kieler Jugendring
Rolf W e g e l e b e n, Jungfernstieg 40
10. ein vom Schulamt zu benennender Pädagoge
Stadtrat Dr. M e i e r - B a n t, Esmarchstraße 3

Beschluß:

Nach Antrag mit Stimmen gegen Stimmen
bei 4 Stimmenthaltungen

Stadtrat Köster hat sich der Stimme enthalten.

26. a) Für die Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der städt. Kiesgrube werden bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 653/680 - Aushilfsarbeiter - 3.000,-DM zur Verfügung gestellt.
- b) Zum Ausgleich der Mehrausgaben wird die Haushaltsstelle 653/23 - Verkaufserlöse - von 70.000,-DM um 3.000,-DM auf 73.000,-DM erhöht.

Beschluß:

Nach Antrag

27. Nachstehender Sofortentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 106 GO wird zugestimmt:

"Gemäß § 106 GO genehmige ich im Wege der Sofortentscheidung nachstehende überplanmäßige Ausgaben für das Rechnungsjahr 1956:

Bei der Haushaltsstelle 442/657
- Beleuchtung, Reinigung, Wasser - = 6.400,-- DM,
bei der Haushaltsstelle 443/657
- Beleuchtung, Reinigung, Wasser - = 4.700,-- DM.

Die Deckung der Ausgaben erfolgt im Rahmen des Gesamtabschlusses für das Rechnungsjahr 1956.

Diese Sofortentscheidung ist unverzüglich der Ratsversammlung zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen."

Beschluß:

Nach Antrag

28. In den Beirat für die Außenwerbung werden ab 2.6.1957 auf die Dauer von 2 Jahren berufen:

Als Vertreter der Industrie- und Handelskammer

als Mitglied:	als Vertreter:
Kaufmann Fritz Schlumbohm Kiel, Düppelstraße 14	Geschäftsführer Heinz Heintzenberg, Kiel, Hardenbergstraße 36

Als Vertreter des Bundes Deutscher Architekten

als Mitglied:	als Vertreter:
Architekt BDA Paul F.E. Siemers, Kiel, Ring- straße 57a	Architekt BDA Wolfgang Vogt, Kiel, Reventlouallee 5

Als Vertreter des Haus- und Grundeigentümergevereins von Kiel und Umgegend e.V.

als Mitglied:	als Vertreter:
Architekt Heinrich Brockstedt, Kiel, Quinckestraße 18	Klempnermeister Henry Pankow, Kiel, Blücherstraße 1

Als Vertreter des Bauaufsichtsamtes

als Mitglied:	als Vertreter:
Mag.Oberbaurat Schulze	Architekt Gerschel

Als Vertreter des Stadtplanungsamtes

als Mitglied:	als Vertreter:
Mag.Baudirektor Willing	Dipl.-Arch. Schönfeld

32. Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kieler Seefischmarkt GmbH.

Magistratsrat M ü l l e r
zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluß:

Nach Antrag

33. Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als Vorstandsmitglied für die Kleinbahn AG. Kiel-Schönberg

Magistratsrat M ü l l e r
vorgeschlagen.

Beschluß:

Nach Antrag

34. Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als Vorstandsmitglied für die Kleinbahn AG Kiel-Segeberg

Magistratsrat M ü l l e r
vorgeschlagen.

Beschluß:

Nach Antrag

35. Antrag der SPD-Fraktion, über die nachstehende Resolution abstimmen zu lassen:

"Kielerinnen und Kieler!

Der große Arzt und Nobelpreisträger, Dr. Albert Schweitzer, hat einen Appell an das Weltgewissen und die verantwortlichen und großen Atomkräfte gerichtet, die verhängnisvollen Versuche mit Atombomben endlich einzustellen. 18 bedeutende deutsche Atomwissenschaftler haben in einer gemeinsamen Erklärung ebenfalls in unmißverständlicher Weise zu der Gefährdung alles Lebens auf der Erde Stellung genommen. Sie alle legen entscheidenden Wert darauf, daß die öffentliche Meinung in der ganzen Welt sich der nie dagewesenen Gefahren bewußt wird, welche durch Atomwaffen und auch bereits durch Versuche mit solchen Waffen heraufbeschworen werden.

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel begrüßt den Aufruf Dr. Albert Schweitzers sowie die Erklärung der deutschen Atomphysiker. Sie bittet die Landesregierung, ihre Vertreter im Bundesrat anzuweisen, auf die Bundesregierung einzuwirken, ihre Bemühungen, ein internationales Abkommen zur Einstellung der Atombombenversuche zustande zu bringen, tatkräftig fortzusetzen.

Die Ratsversammlung fordert alle Kielerinnen und Kieler auf, an der Mobilisierung des Gewissens gegen den Selbstmord der Menschheit teilzunehmen. Nur die lebendige Mitwirkung der gesamten Bevölkerung kann den Widerstand der Öffentlichkeit gegen die fortgesetzten Atombombenversuche so stark werden lassen, daß die warnenden Stimmen Dr. Albert Schweitzers und der 18 deutschen Atomwissenschaftler nicht ungehört verhallen."

Beschluß:

Abgelehnt mit ²⁴.....Stimmen gegen ¹⁸.....Stimmen
beiStimmhaltungen

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung
am 27. Mai 1957

Beginn: 19.06 Uhr Ende: 20.30 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Anwesend: Stadträte: Bade, ~~Frau Brodersen~~, Hartmann, Frau
Hinz, Köster, Kowalewsky, Dr. Meier-
Bant, Ritter, Dr. Rüdell, Schatz,
Schubert

Ratsherren: Beth, Book, Drews, Frau Franke, Frau
Franzius, Hildebrand, Herbst, Jeske,
Dr. Kasch, Dr. Krieger, Lüdemann, Lühr,
Lütgens, Marth, Dr. Mörschner, Neu-
mann, Nolte, Pfaff, Reinke, Renger, ~~Ratz~~
Schröder, Frau Schröder, Sichelschmidt,
Stams, Steinert, Thaddey, Frau Vor-
meyer, Frau Wallbaum, Dr. Wersin,
Westphal, Willumeit, Winkelmann

Es fehlen Stadträtin Brodersen,
entschuldigt: Ratsherr Ratz

Es fehlen
unentschuldigt: -----

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende Oberbürgermeister Dr. Mithling, Bürger-
des Magistrats: meister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Prof.
Jensen, Stadtschulrat Dr. Hoffmann,
Stadträte: Borchert, Engert, Langbehn.

Anwesende ~~Magistratsdirektor Koeppen, Magistrats-~~
der Verwaltung: ~~syndikus v. Germar, Magistratsoberräte~~
~~Gabriel, Dr. Kopp, Materno, Puls,~~
~~Dr. Schröder, Mag. Räte: Dröpper, Müller,~~
~~Schlüter, Dr. Willing, Stadtmedizinal-~~
~~rat Dr. Popenberg, Mag. Schulräte: Dr.~~
~~Schütze u. Meibohm, Mag. Baudirektoren:~~
~~Schroeder, Sauer, Willing, Mag. Ob. Bau-~~
~~räte: Derow, Schnoor, Schulze, Dip. Ing.~~
~~Becker, Direktor Voss, Referent Witte,~~
~~Betr. Dir. Schulz, Intendant Dr. Meyer,~~
~~Bürgermeister Ewers, Suchsdorf~~

1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 25. April 1957

Gegen die N i e d e r s c h r i f t der Ratsversammlung am 25. April 1957 über die Sitzung der Ratsversammlung am 27. Mai 1957, Rathaus, Ratssaal

*) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Beginn: 15.15 Uhr Ende: 19.05 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Dr. Sievers

Stadträte: Bade, Hartmann, Frau Hinz, Köster, Kowalewsky, Dr. Meier-Bant, Ritter, Dr. Rüdell, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, Book, Drews, Dr. Mörschner, Frau Franke, Frau Franzius, Herbst, Hildebrand, Jeske, Dr. Kasch, Dr. Krieger, Lüdemann, Lühr, Lütgens, Marth, Neumann, Nolte, Pfaff, Reinke, Renger, Frau Schröder, Schröder, Sichelshmidt, Stams, Steinert, Thaddey, Frau Vormeyer, Frau Wallbaum, Dr. Wersin, Westphal, Willumeit, Winkelmann

Es fehlen entschuldigt: Frau Stadträtin Brodersen, Ratsherr Ratz

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats:
Oberbürgermeister Dr. Muthling, Bürgermeister Dr. Fuchs, Stadtschulrat Dr. Hoffmann, Stadtbaurat Prof. Jensen, Stadträte Borchert, Engert und Langbehn

Außerdem sind anwesend: Direktor der Stadtwerke Voss, Magistratsdirektor Koeppen, Magistratssyndikus v. Germar, Magistratsbaudirektor Willing, Magistratsoberbauräte Dorow und Schulze, Magistratsoberräte Gabriel, Dr. Kopp und Puls, Magistratsbaurat Becker, Magistratsrat Müller, Magistratsschulräte Meibohm und Dr. Schütze, Magistratsassessor Barow, Referent Witte

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Schriftführergehilfe: Stadtoberinspektor Knuth

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 25. April 1957

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 25. April 1957 werden Bedenken nicht erhoben.

- 2a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

- a) Steuerausschuß beim Finanzamt Kiel-Nord

Stadtpräsident weist darauf hin, daß in der Sitzung der Ratsversammlung am 25. April 1957 als Mitglied des Steuerausschusses beim Finanzamt Kiel-Nord Herr Walter Nagel gewählt worden ist. Herr Nagel heißt mit Vornamen nicht Walter, sondern Paul.

- Kenntnis genommen -

- b) Zugverbindung Kiel-Hannover

Stadtpräsident gibt bekannt, daß der Landtagsabgeordnete Lüdemann mitgeteilt hat, daß ab 2. Juni 1957 erstmalig ein Schnellzug vom Kieler Hauptbahnhof in 3 1/2 Stunden nach Hannover fahren wird. Stadtpräsident spricht M.d.L. Lüdemann den Dank der Stadt Kiel aus für die Bemühungen, mit denen er sich immer wieder für bessere Zugverbindungen eingesetzt hat.

- Kenntnis genommen -

- 2b) Mitteilungen des Magistrats

Keine Mitteilungen.

- 3) Betrifft: Bericht des Wahlprüfungsausschusses über die Vorprüfung zweier Einsprüche gegen die Feststellung eines Ersatzmannes durch den Wahlleiter - Drs. 290 -

Berichterstatter: Ratsherr Steinert

Antrag: Die Einsprüche der Herren Ostrowicz und Dr. Puls werden zurückgewiesen und die Feststellung des Wahlleiters über das Nachrücken des Bewerbers Dr. Moerschner wird für gültig erklärt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 4) Betrifft: 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1 - Drs. 275 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: Der 17. Änderung des Aufbauplanes Nr. 1 wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 5) Betrifft: 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41 - Drs. 67 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 41 für das Baugebiet Beselerallee/Holtenuer Straße/Waitzstraße/Knooper Weg wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 6) Betrifft: 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81 - Drs. 276 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: Der 1. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 81 für das Baugebiet Schönberger Straße/Werftstraße/Klausdorfer Weg/Ballastberg/Ernst-Friedrich-Straße wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 7) Betrifft: 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91 - Drs. 277 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: Der 3. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 91 - Baugebiet Ostring zwischen Große Ziegelstraße und Franziusallee - wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 8) Betrifft: Durchführungsplan Nr. 162 - Drs. 278 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: Dem Durchführungsplan Nr. 162 für das Baugebiet
Saldernstraße/Knooper Weg/Gutenbergstraße wird
zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vor-
lage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 9) Betrifft: Durchführungsplan Nr. 163 und 25. Änderung des Aufbau-
planes Nr. 2 - Drs. 279 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: a) Dem Durchführungsplan Nr. 163 für das Baugebiet Preetzer
Straße zwischen Werftstraße und Reeperbahn,
b) der 25. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vor-
lage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 10) Betrifft: Durchführungsplan Nr. 164 und 24. Änderung des Auf-
bauplanes Nr. 2 - Drs. 280 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: a) Dem Durchführungsplan Nr. 164 für das Baugebiet
Schwanenseeplatz/Werftstraße/Klausdorfer Weg/
Hangstraße,
b) der 24. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2
wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vor-
lage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 11) Betrifft: Durchführungsplan Nr. 165 und 26. Änderung des Aufbau-
planes Nr. 2 - Drs. 281 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen
Antrag: a) Dem Durchführungsplan Nr. 165 für das Baugebiet
Stolzestraße/Ballastberg/Sohststraße/Langenkampweg/
Schönberger Straße,

- b) der 26. Änderung des Aufbauplanes Nr. 2 wird zugestimmt.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 12) Betrifft: Umbau des Dreiecksplatzes - Drs. 282 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen

Antrag: Im Zuge des Umbaues des Dreiecksplatzes und der damit verbundenen Zurückverlegung der Baufluchtlinie an der Westseite des Platzes wird einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 651/719 - Umbau des Dreiecksplatzes - in Höhe von 60.000,-- DM zugestimmt. Die Ausgabe ist im Rahmen des Nachtragshaushaltplanes zu decken.

Beschluß: Nach Antrag.

- 13) Betrifft: Bereitstellung von weiteren 66.500,-- DM für den Umbau der Bellevue-Terrassen - Drs. 274 -

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Nachstehende Sofortentscheidung des Magistrats vom 15.5.1957 nach § 106 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird genehmigt:

"Der Kostenaufstellung des Herrn Architekten Neveling wird bis zum Betrage von 665.000,-- DM zugestimmt. Ferner werden für den Einbau der Garderobeneinrichtung, den Verdunkelungsvorhang und für die Gebäudereinigung 11.000,-- DM bereitgestellt.

Zu diesem Zweck wird bei der Haushaltsstelle V 851/120 - Umbau des Hotels Bellevue, 2. Rate - eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 66.500,-- DM genehmigt, die durch Entnahme aus dem Kapitalvermögen zu decken ist.

Solange keine Bestände im Kapitalvermögen vorhanden sind, dürfen Zwischenkredite zur Vorfinanzierung in Anspruch genommen werden.

Die überplanmäßige Ausgabe ist in den Nachtragshaushaltplan aufzunehmen."

B ü r g e r m e i s t e r erläutert die schriftliche Vorlage.

Ratsherr M a r t h steht auf dem Standpunkt, daß die Kostenüberschreitung nicht hätte eintreten dürfen. Als Mitglied des Vergabe-

ausschusses ist ihm bekannt, daß aufgrund der ersten Ausschreibungen keine Kostenerhöhungen, sondern im Gegenteil Kostensparnisse eingetreten sind. Umso mehr muß es verwundern, daß nun mit Nachforderungen gekommen wird. Besonders hervorzuheben ist, daß der Parkplatz in diesen Kosten gar nicht enthalten ist, sondern besonders veranschlagt wird. Nach Sprechers Meinung ist ein solches Verfahren nicht zulässig. Er glaubt, daß viele Ratsherren der Vorlage nicht zustimmen werden und bittet, sie abzulehnen.

Ratsherr S t e i n e r t bemängelt, daß eine Sofortentscheidung getroffen worden ist.

Ratsherr B e t h stellt fest, daß die Ratsversammlung 1956 = 300.000 DM für "Bellevue" bereitstellte. Schon im Nachtragshaushalt mußten weitere 200.000 DM bewilligt werden. Im ordentlichen Haushalt 1957 wurden dann abermals 110.000 DM bereitgestellt. Jetzt kommt man mit einer erneuten Mehrforderung von 66.000 DM. Das Gesamtprojekt, das zunächst mit 500.000 DM angegeben war, hat sich demnach bis heute ganz erheblich verteuert. Aus der der Vorlage beigefügten Kostenübersicht geht hervor, daß einzelne Ansätze gegenüber dem Kostenanschlag um Hunderte von Prozenten überschritten worden sind. Das kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Ratsherr Beth meint, daß einige der Ausgaben durchaus voraussehbar gewesen sind und nicht erst nachträglich hätten angefordert werden müssen. Eine Ausnahme könnte höchstens der Küchenausbau bilden. Nicht richtig ist es, daß man den Parkplatz aus dem Projekt herausgenommen und besonders veranschlagt hat. Zweifellos ist "Bellevue" eine sehr schöne, aber auch eine sehr teure Tagungsstätte geworden und es fällt schwer, der Vorlage zuzustimmen.

Ratsherr N o l t e regt an, mit den Bauplanungen der Stadt früher zu beginnen. Man sollte alles sorgfältig und rechtzeitig planen und von vornherein mit genau geprüften Kostenanschlägen arbeiten; dann kann viel Geld gespart werden. Auch sollte man nicht stets unter dem Zeitdruck der Kieler Woche einzelne Baumaßnahmen überstürzt fertigstellen wollen.

Stadtrat S c h a t z stellt fest, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit 2 Vorlagen mit Nachforderungen eingebracht worden sind. Dadurch ist eine gewisse Unzufriedenheit bei den Ratsherren eingetreten und ein unbeteiligter Zuhörer könnte das Gefühl haben, daß nicht sorgfältig genug vorgeplant worden ist. Die Verwaltung und die Ausschüsse sollten ihr ernsthaftes Bestreben dahin richten, daß alle Planungen rechtzeitig begonnen werden. Auch muß die Verwaltung von vornherein mit echten Zahlen arbeiten. In seinen weiteren Ausführungen weist Stadtrat Schatz darauf hin, daß die SPD-Fraktion bereits bei früherer Gelegenheit gefordert hat, daß der Nachtragshaushalt der eigentliche Investitionshaushalt für das kommende Rechnungsjahr sein sollte. Wenn man nach diesem Grundsatz vorgeht, hat man genügend Zeit zur Vorbereitung der Projekte; man hat dann die Zeit, die für die Planung benötigt wird.

B ü r g e r m e i s t e r führt aus, daß zunächst für "Bellevue" eine rohe Kostenberechnung vorlag, die mit 800.000 DM abschloß. Aus dieser Kostenberechnung wurde damals dann all das herausgenommen,

was nicht dringend schien und die Maßnahme auf rd. 500.000 DM zusammengestrichen. Der Architekt hat damals die Versicherung abgegeben, daß er mit diesen rd. 500.000 DM die im Kostenanschlag vorgesehenen Maßnahmen durchführen könnte. Im Februar tauchte dann die Frage der Ölfeuerung auf. Außerdem ergab sich bei der Verpachtung, daß sämtliche Pachtbewerber die Forderung stellten, daß die festen Kücheneinrichtungen und Kühlanlagen von der Stadt gestellt werden müßten. So ergaben sich dann Mehrausgaben von rd. 70.000 DM. Weitere 10.000 DM Mehrausgaben wurden erforderlich durch Auflagen des Gewerbeaufsichtsamtes. Hinzu kamen 30.000 DM für den Parkplatz. Bei der jetzigen Mehrforderung von 66.500 DM handelt es sich um Maßnahmen im Zuge des Küchenausbaues, um feste Garderobeneinrichtungen und um einen Verdunkelungsvorhang, deren Kosten dem Pächter nicht aufgebürdet werden können, wie auch aus der Begründung der Vorlage hervorgeht.

In seinen weiteren Ausführungen bittet Bürgermeister, daran zu denken, daß die Planung für "Bellevue" sehr schnell durchgeführt werden mußte. Auch die Arbeiten mußten schnell ausgeschrieben werden. Dies hatte zur Folge, daß sich während des Baues einige, ursprünglich nicht vorgesehene, jedoch zwangsläufig bedingte Arbeiten ergaben. Eine Kostenüberschreitung ist nicht eingetreten. Die Mehrausgaben sind für zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Abschließend spricht Bürgermeister noch kurz das Problem der Parkplätze an. Nach seiner Meinung kann man in "Bellevue" ohne Parkplätze nicht auskommen.

Beschluß: Nach Antrag.

Der Beschluß ergeht mit 29 gegen 8 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.

14) Betrifft: Neubau der Volksschulen am Gaußplatz und am Winterbeker Weg - Drs. 255 -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM sind nachstehende Beträge abzuzweigen und wie folgt bereitzustellen:

Beschluß:
V 21/161 - Neubau einer Volksschule am Winterbeker Weg - Baukosten, 2. Rate 1.200.000,-- DM

Finanzierung:

Berichter:
Antrag: Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 - 421.100,-- DM
Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 - 20.000,-- DM
Kommunaldarlehen 758.900,-- DM

1.200.000,-- DM
=====

V 21/162 - Neubau einer Volksschule am Gaußplatz, 2. Rate 1.158.000,-- DM

Betrifft: Finanzierung:

<u>Berichter:</u>	Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	78.900,-- DM
<u>Antrag:</u>	Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	449.000,-- DM
	Kommunalدارlehen	630.100,-- DM
		<hr/>
		1.158.000,-- DM
		<hr/>

Auf Anfrage von Stadtrat S c h a t z teilt Stadtschulrat Dr. H o f f m a n n mit, daß die geplanten Schulklassen kleiner sind, als es die Richtlinien der Konferenz der Kultusminister vorsehen.

Ratsherr T h a d d e y geht auf die geplante Schule in Neumühlen-Dietrichsdorf ein, wo sich nach seinen Informationen Schwierigkeiten wegen des Baugeländes ergeben haben sollen.

Stadtschulrat Dr. H o f f m a n n bemerkt dazu, daß die Schule Dietrichsdorf in der ursprünglichen Schulbaureihenfolge vorgezogen worden ist. Beim Geländeerwerb für diesen Schulneubau ist es zunächst zu Schwierigkeiten gekommen, die jetzt aber beseitigt zu sein scheinen, so daß mit einem baldigen Baubeginn gerechnet werden kann.

Beschluß: Nach Antrag.

- 15) Betrifft: Staatliche Ingenieurschule - Wiederaufbau Ecke Knooper Weg/Legienstraße - Restbewilligung für Inventar -
Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann - Drs. 256 -
Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio.DM wird ein Betrag von 37.497,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 2661/121 - Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieurschule, Eckgebäude Knooper Weg/Legienstraße, Inventarkosten, Restbewilligung - bereitgestellt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 16) Betrifft: Inventarbeschaffung für den Neubau der Volksschule an der Waitzstraße - Drs. 257 -
Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann
Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio.DM wird ein Betrag von 18.103,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/1507 - Neubau einer Volksschule an der Waitzstraße, Inventarkosten, II. Rate - bereitgestellt.

Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1959 -	9.000,-- DM
Kommunalدارlehen	9.103,-- DM
	<hr/>
	18.103,-- DM
	<hr/>

Beschluß: Nach Antrag.

- 17) Betrifft: Inventarbeschaffung Theodor-Möller-Schule - Drs. 258 -
Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 168.840,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/1504 - Neubau einer Volks- und Mittelschule, Elmschenhagen, Theodor-Möller-Schule, I. (Restbewilligung), II. und III. Bauabschnitt, Inventarkosten - bereitgestellt. Der Betrag wird wie folgt finanziert:

Landeszuschuß - Rechnungsjahr 1958 -	53.825,-- DM
Kommunaldarlehen	115.015,-- DM
	<u>168.840,-- DM</u>
	=====

Beschluß: Nach Antrag.

Auf Anfrage des Ratsherren Dr. K r i e g e r teilt Stadtschulrat Dr. H o f f m a n n mit, daß die für das Inventar vorgesehenen Mittel dadurch gesenkt werden konnten, daß das Inventar nicht durch den Architekten, sondern durch das Hochbauamt beschafft wird. Der Umfang des Inventars wird dadurch nicht eingeschränkt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 18) Betrifft: Neubau der Turnhalle mit Verbindungsbau Hermann-Löns-Schule - Drs. 259 -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Von den bei der Haushaltsstelle V 20/150 bereitgestellten Schulbaumitteln in Höhe von 8 Mio. DM wird ein Betrag von 136.000,-- DM abgezweigt und bei der Haushaltsstelle V 21/171 - Neubau einer Turnhalle an der Hermann-Löns-Schule, Elmschenhagen, Baukosten 2. Rate - bereitgestellt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 19) Betrifft: Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggendorfer Straße durch die Stadt Kiel

Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 251 -

Antrag: Dem Abschluß eines Vertrages betr. Übernahme der Neumühlener Straße zwischen Raisdorfer Straße und Flüggendorfer Straße nach dem dieser Vorlage beigefügten Entwurf eines Vertragsangebotes wird zugestimmt.

Beschluß: Nach Antrag.

- 20) Betrifft: Straßenbeleuchtungskosten in Stadtrandsiedlungen
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen - Drs. 252 -
Antrag: Die lfd. Kosten für Strom und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung in den Stadtrandsiedlungen
- a) der Baugenossenschaft "Eigenheim" Pries-Friedrichs-ort eGmbH. in Pries,
 - b) der Gemeinnützigen Heimstättengenossenschaft Kiel-Nord eGmbH. an der Projensdorfer Straße und
 - c) der Baugenossenschaft "Eigenheim Kiel eGmbH." zu Kiel (Hasseldieksdamm) in Hasseldieksdamm
- werden mit Wirkung vom 1.11.1954 ab endgültig auf die Stadt übernommen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 21) Betrifft: Aufnahme von Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge im Rahmen des Bauprogramms für das Rechnungsjahr 1957 - Drs. 264 -
Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs
Antrag: 1. Aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - verstärkte Förderung - dürfen im Rechnungsjahr 1957 Darlehen bis zum Betrage von 750.000 DM zu den vom Landesarbeitsamt, vom Land bzw. vom Bund noch festzusetzenden Bedingungen aufgenommen werden.
2. Der für das Rechnungsjahr 1956 durch Beschluß der Ratsversammlung vom 28. Juni 1956 festgesetzte Höchstbetrag der verstärkten Förderung wird von 585.816 DM auf 600.000 DM erhöht.

Beschluß: Nach Antrag.

- 22) Betrifft: Umfinanzierung der Beteiligung der Stadt Kiel an der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. - Drs. 267 -
Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs
Antrag: Der Beschluß der Ratsversammlung vom 24. März 1955 wird in der Weise geändert, daß die Barzahlung auf die insgesamt 400.000 DM betragende Erhöhung des Stammkapitals der Kieler Wohnungsbau GmbH. von 300.000 DM auf 341.020,50 DM erhöht wird. Die zusätzliche Barzahlung in Höhe von 41.020,50 DM ist aus dem Grunderwerbfonds zu finanzieren.

Beschluß: Nach Antrag.
Stadtrat Schatz als Geschäftsführer der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. hat sich an der Beratung und Beschlußfassung nicht beteiligt.

23) Betrifft: Verteilung des Restbetrages aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957 - Drs. 287 -

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Der restliche noch verfügbare Teilbetrag aus dem Darlehen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für das Rechnungsjahr 1957 in Höhe von 733.000 DM ist zur Teilfinanzierung folgender Bauvorhaben heranzuziehen:

Ausbau der Schönberger Straße zwischen Wischhofstraße und Gabelsbergerstraße	643.000 DM
Ausbau des Grasweges	90.000 "
insgesamt	<u>733.000 DM</u>

Kleinere Abweichungen von diesem Verteilungsplan sind zugelassen, soweit sich bei der Ausführung der Bauvorhaben eine solche Notwendigkeit ergibt.

Beschluß: Nach Antrag..

24) Betrifft: Spitzenfinanzierung von Bauvorhaben des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957 - Drs. 288 -

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Die bereits verfügbaren bzw. voraussichtlich noch zu erwartenden zweckfreien Finanzierungsmittel des außerordentlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1957 sind in Höhe von insgesamt rd. 3.000.000 DM mit den angegebenen Beträgen zur Finanzierung folgender Bauvorhaben heranzuziehen:

Haushaltsstelle		DM	Voraussichtliche Gesamtkosten
Nr.	Bezeichnung		DM
V			
021/125	Neubau für das Nahrungsmitteluntersuchungsamt	315.000	315.000
511/120	Verbindungsbau zwischen dem Verwaltungsgebäude und dem Haus 3 der Städt. Krankenanstalt, Schlußbewilligung	43.000	43.000
641/235	Arbeitgeberdarlehen, 3. Kreditprogramm (veranschlagt im außerordentlichen Haushaltsplan 1956)	100.000	150.000
651/1813	Verlegung der Bundesstraße 4 südlich Kiels, 2. Rate	230.000	350.000

Haushaltsstelle			
Nr.	Bezeichnung	DM	Voraussichtliche Gesamtkosten DM
V			
1814	Ausbau einer Werkzufahrtsstraße von der Werftstraße in das Gelände der ehemaligen Germania-Werft gegenüber der Einmündung des Karlstal in die Werftstraße	282.000	330.000
1816	Fußwegbefestigung in der Brunswiker Straße zwischen Baustraße und Feldstraße	30.000	30.000
1818	Ausbau des Grasweges	90.000	90.000
1819	Ausbau der neuen Schönberger Straße zwischen Wischhofstraße und Gabelsbergerstraße	646.000	800.000
1825	Regulierung der Fahrbahndecke der Troppauer Straße von der Teplitzer bis zur Marienbader Straße mit Bau einer Schwarzdecke	22.000	22.000
1826	Straßenverbreiterung in der Saarbrückenstraße im Teilabschnitt Mettlachstraße bis zum Bahnhof Hassee an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 3	41.000	41.000
651/1828	Bau eines behelfsmäßigen Fußweges an der Westseite des Schwentinebrückenzuges (Holsatia Mühle)	50.000	50.000
701/120	Ausbau der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Kiel	160.000	320.000
7021/1601	Pumpstation für das Tiefgelände Friedrichsort, 2. Rate - Schlußbewilligung -	70.000	170.000
1602	Bau von Schmutzwasserkanälen im Gebiet Stromeyerallee und in der Fritz-Reuter-Straße, Reststrecke, in Pries-Friedrichsort	69.000	200.000
1605	Bau von Kanälen in der Schönberger Straße von der Kuchelstraße bis zur Gabelsbergerstraße	45.000	72.000
1607	Bau des Schmutzwasserhauptsammlers von der Kaistraße bis zum Karlstal und des Regenwassersammlers vom Vollratsbach bis zum Karlstal	600.000	1.100.000

Haushaltsstelle			Voraussichtliche Gesamtkosten
Nr.	Bezeichnung	DM	DM
V			
1608	Bau eines Regenwasserkanals in der Willestraße	35.000	65.000
1610	Bau eines Schmutzwasserkanals in der Alten Lübecker Chaussee von der Stormarnstraße bis Rondeel	13.000	43.000
73/121	Bau einer Arbeiterunterkunft mit Büroraum, Geräteraum und Einbau einer öffentlichen Abortanlage auf dem Urnenfriedhof	30.000	30.000
826/261	Grundüberholung des Olympiahafens, Teil 3	50.000	50.000
863/235	Aufbaudarlehen für die Kieler Seefischmarkt GmbH.	60.000	60.000
	insgesamt	2.981.000	4.331.000

Verlagerungen innerhalb der vorstehenden Finanzierungsmittel, die nicht von wesentlicher Bedeutung sind, werden zugelassen, sofern sich eine solche Notwendigkeit bei Ausführung der Bauvorhaben ergibt.

B ü r g e r m e i s t e r erläutert die schriftliche Vorlage.

Ratsherr N e u m a n n erinnert daran, daß sich die Ratsversammlung in der letzten Haushaltsberatung einstimmig dahin ausgesprochen hat, den Ansatz für Straßenbeleuchtung zu erhöhen. Es ist bedauerlich, daß in der vorliegenden Aufstellung nur 50 % der voraussichtlichen Gesamtkosten aufgenommen sind.

Stadtrat S c h a t z appelliert an den Bürgermeister, alle Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung auszunutzen, um auch die Durchführung der vorerst zurückgestellten Objekte zu sichern, selbst auf die Gefahr hin, daß gewisse Konsequenzen wegen der Zinsleistungen gezogen werden müssen.

B ü r g e r m e i s t e r entgegnet Ratsherrn Neumann, daß dies die 1. Rate für die Straßenbeleuchtung ist. Es wird sicher gelingen, die weiteren Mittel zu gegebener Zeit auch noch flüssig zu machen. Zu den Ausführungen von Stadtrat Schatz bemerkt Bürgermeister, daß bereits Verhandlungen wegen der Hereinnahme weiterer Mittel laufen.

Ratsherr B e t h geht auf die schlechte Beleuchtung einiger Straßen ein und nennt besonders den Verbindungsweg durch die Forst-

baumschule zwischen Feldstraße und Niemannsweg. Nach dem letzten Absatz des Antrages sollen Verlagerungen, die nicht von wesentlicher Bedeutung sind, zugelassen werden. Sprecher setzt sich dafür ein, daß die verlagerten Mittel in erster Linie der Straßenbeleuchtung zugute kommen.

B ü r g e r m e i s t e r verweist auf Gespräche, die er wegen der Straßenbeleuchtung bereits mit Direktor Voss von den Stadtwerken geführt hat.

Beschluß: Nach Antrag.

25) Beirat für Verkehrsangelegenheiten

Dazu liegt folgender gemeinsamer Antrag beider Fraktionen vor:

Antrag: Die Ratsversammlung wolle beschließen: - Drs. 310 -
Es wird ein Beirat mit beratenden Befugnissen für Verkehrsfragen der Stadt Kiel gebildet. Die Mitglieder werden durch die Ratsversammlung für die Dauer der Legislatur-Periode gewählt. Der Beirat besteht aus:

2 Ratsherren

2 weiteren von der Fraktion zu benennenden Mitgliedern (können auch Ratsherren sein)

und 10 Mitgliedern, die von folgenden Organisationen vorzuschlagen sind:

Allgemeiner Kieler Kommunalverein v. 1945 e.V.

Allgemeiner Deutscher Automobil-Club (ADAC) e.V.
- Kiel -

Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein e.V. - Kiel -

Landesverband für das Verkehrsgewerbe

Bund Deutscher Radfahrer Kreisverband Kiel

Arbeitsgemeinschaft Kieler Frauen

ÖTV

Industrie- und Handelskammer Kiel

Kieler Jugendring

ein vom Schulamt zu benennender Pädagoge.

Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen den Mitgliedern, die Ratsherren sind. Die Geschäftsordnung der Ausschüsse gilt sinngemäß für die Sitzungen des Beirates.

Aufgabe des Beirates ist es, der Selbstverwaltung der Stadt Kiel Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Verkehrssicherheit zu machen. Die Vorschläge

sind an den Magistrat zu richten, der für weitere Bearbeitung sorgt.

Wenn Sachverständige aus der Stadtverwaltung für die Arbeiten des Beirates benötigt werden, sind diese vom Vorsitzenden bei dem für den Fachbereich zuständigen Dezernten anzufordern. Dem Ersuchen soll Folge geleistet werden, wenn nicht besondere dienstliche Gründe dagegen sprechen.

Stadtrat S c h u b e r t stimmt namens des Kieler Blocks der Vorlage zu.

Stadtrat S c h a t z nimmt für die SPD Stellung und weist darauf hin, daß der Verkehrsbeirat die Belange der gesamten Bevölkerung, insbesondere auch der Fußgänger, wahrzunehmen hat. Die SPD hätte es gern gesehen, wenn der Dezernt des Ordnungsausschusses Vorsitzender des Beirats gewesen wäre, ist aber bereit, der Vorlage auch in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Beschluß: Nach Antrag.
Es werden gewählt:

2 Ratsherren

1. Stadtrat Franz Ritter, Andreas-Gayk-Str. 9-11
2. Ratsherr Hermann Marth, Pestalozzistraße 28

2 weitere von den Fraktionen zu benennende Mitglieder

1. Frau Ratsherrin Elisabeth Vormeyer, Kirchhofallee 81
2. Ratsherr Hans Thaddey, Friedhofstraße 30

Auf Vorschlag der Organisationen und Verbände

1. Allgem. Kieler Kommunal-Verein von 1945 e.V.
Wilhelm Roguschke, Gablenzstraße 3
2. Automobilclub von Kiel (ADAC)
Hans Faerber, Westring 200
3. Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein e.V. Kiel
Max Wittmaack, Steinstraße 18
4. Landesverband für das Verkehrsgewerbe
Max Füllgraf, Waitzstraße 67
5. Bund Deutscher Radfahrer, Kreisverband Kiel
Hugo Wetzel, Waitzstraße 51
6. Arbeitsgemeinschaft Kieler Frauen
Frau Lisa Hansen, Franckestraße 2
7. ÖTV
Emil Bendfeldt, Sedanstraße 3
8. Industrie- und Handelskammer
Herbert Plambeck, Lorentzendamm 24

9. Kieler Jugendring
Rolf Wegeleben, Jungfernstieg 40

10. ein vom Schulamt zu benennender Pädagoge
Stadtrat Dr. Meier-Bant, Esmarchstraße 3

Der Beschluß ergeht bei 1 Stimmenthaltung (Stadtrat Köster).

26) Betrifft: Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in der städtischen
Kiesgrube - Drs. 241 -

Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen

Antrag: a) Für die Beschäftigung von Aushilfsarbeitern in
der städt. Kiesgrube werden bei der neu einzurich-
tenden Haushaltsstelle 653/680 - Aushilfsarbeiter -
3.000,-- DM zur Verfügung gestellt.

b) Zum Ausgleich der Mehrausgaben wird die Haushalts-
stelle 653/23 - Verkaufserlöse - von 70.000,-- DM
um 3.000,-- DM auf 73.000,-- DM erhöht.

Beschluß: Nach Antrag.

27) Betrifft: Erhöhung der Ansätze für die Haushaltsstellen 442 und
443/657 - Beleuchtung, Reinigung, Wasser -

Berichterstatter: Stadtrat Bade - Drs. 248 -

Antrag: Nachstehender Sofortentscheidung des Oberbürgermeisters
gemäß § 106 GO. wird zugestimmt:

"Gemäß § 106 GO. genehmige ich im Wege der Sofortentschei-
dung nachstehende überplanmäßige Ausgaben für das Rech-
nungsjahr 1956:

Bei der Haushaltsstelle 442/657
- Beleuchtung, Reinigung, Wasser - = 6.400,-- DM,

bei der Haushaltsstelle 443/657
- Beleuchtung, Reinigung, Wasser - = 4.700,-- DM.

Die Deckung der Ausgaben erfolgt im Rahmen des Gesamtab-
schlusses für das Rechnungsjahr 1956.

Diese Sofortentscheidung ist unverzüglich der Ratsver-
sammlung zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen."

Ratsherr T h a d d e y weist darauf hin, daß die Vorlage bereits
am 18. April 1957 eingebracht worden ist mit dem Vermerk in der
schriftlichen Begründung, daß sie dem Ausschuß für Vertriebene um-
gehend zur Kenntnis gegeben wird. Bis heute hat der Ausschuß aber
noch keine Kenntnis erhalten.

Stadtrat B a d e meint, daß die Vorlage, nachdem die Sofortent-
scheidung getroffen worden ist, doch wohl Zeit hätte bis zur nächsten
Sitzung des Vertriebenen Ausschusses.

Ratsherr T h a d d e y ist mit dieser Antwort nicht zufrieden. Zuerst hätte der Ausschuß und dann die Ratsversammlung gehört werden müssen.

Frau Stadträtin H i n z , die vorübergehend das Amt des Stadtpräsidenten wahrnimmt, bemerkt, daß sich auch der Magistrat bereits mit der Frage der vorherigen Beratung von Vorlagen im Ausschuß befaßt hat. Ferner bekannte sich der Magistrat zu der Auffassung, daß durch eine Sofortentscheidung die Rechte der Selbstverwaltung nicht infrage gestellt werden dürfen.

Beschluß: Nach Antrag.

28) Betrifft: Besetzung des Beirats für die Außenwerbung - Drs. 269 -
Berichterstatter: Stadtbaurat Prof. Jensen

Antrag: In den Beirat für die Außenwerbung werden ab 2.6.1957 auf die Dauer von 2 Jahren berufen:

Als Vertreter der Industrie- und Handelskammer

als Mitglied: als Vertreter:

Kaufmann Fritz Schlumbohm, Geschäftsführer Heinz
Kiel, Düppelstraße 14 Heintzenberg, Kiel, Hardenberg-
straße 36

Als Vertreter des Bundes Deutscher Architekten

als Mitglied: als Vertreter:

Architekt BDA Paul F.E. Architekt BDA Wolfgang Vogt,
Siemers, Kiel, Ring- Kiel, Reventlouallee 5
straße 57 a

Als Vertreter des Haus- und Grundeigentümergevereins von
Kiel und Umgegend e.V.

als Mitglied: als Vertreter:

Architekt Heinrich Klempnermeister Henry
Brockstedt, Kiel, Pankow, Kiel, Blücherstraße 1
Quinckestraße 18

Als Vertreter des Bauaufsichtsamtes

als Mitglied: als Vertreter:

Mag.Oberbaurat Schulze Architekt Gerschel

Als Vertreter des Stadtplanungsamtes

als Mitglied: als Vertreter:

Mag.Baudir. Willing Dipl.-Arch. Schönfeld

Als Vertreter des Amtes für Wirtschaftsförderung

als Mitglied:

Mag.Rat Müller

als Vertreter:

Stadtamtmann Böttger

Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Kieler Wohnungs-
unternehmen

als Mitglied:

Geschäftsführer Werner
Klouth, Kiel, Hassel-
dieksdammer Weg 37

als Vertreter:

Karl Müller, Kiel, West-
ring 235

Frau Stadträtin H i n z fragt, ob der als Vertreter des Amtes für Wirtschaftsförderung vorgesehene Stadtamtmann Böttger noch gewählt werden soll, nachdem er in nächster Zeit aus dem Dienst der Stadt Kiel ausscheidet.

Stadtbaurat Prof. J e n s e n bemerkt dazu, daß er bereits mit dem Amt für Wirtschaftsförderung Verbindung aufgenommen hat. Ein Vertreter im Amt ist für Herrn Böttger noch nicht benannt worden. Sobald er benannt ist, wird der Ratsversammlung ein Ersatzvorschlag gemacht werden.

Beschluß: Nach Antrag.

Auf Bitte von Stadtrat S c h u b e r t wird die Sitzung von 16.45 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen. Die Fraktion Kieler Block zieht sich zur Beratung zurück.

29) Betrifft: Schüleraustausch Coventry

- Dringlichkeitsvorlage Drs. 300 -

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Hoffmann

Antrag: Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 231/727
- Schüleraustausch Kiel-Coventry - wird eine außerplan-
mäßige Ausgabe in Höhe von 1.500,-- DM genehmigt.
Die Deckung wird im Rahmen des Nachtrags Haushaltsplanes
1957 geregelt.

Beschluß: Nach Antrag.

30) Betrifft: Bau einer Feuerlöscheinrichtung auf dem Müllplatz Ham-
burger Chaussee - Dringlichkeitsvorlage Drs. 308 -

Berichterstatter: Stadtrat Ritter

Antrag: 1. Die Dringlichkeit wird anerkannt.

- 30) Betrifft: 2. Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 703/6.955 - mit der Bezeichnung "Feuerlöschleinrichtung auf dem Müll- und Kehrichtablageplatz Hamburger Chaussee" - wird die Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe von 6.000 DM genehmigt. Der Haushaltsansatz 703/6.982 - Anhänger-Luftkipper - wird um den gleichen Betrag gekürzt. Die Beschaffung des Anhängers wird zurückgestellt.

Ratsherr T h a d d e y bittet, die gleiche Einrichtung für den Müllplatz in Neumühlen-Dietrichsdorf zu schaffen, wo auch schon oft Feuer ausgebrochen ist.

Stadtrat R i t t e r erklärt dazu, daß diese Anlage nicht der Stadt gehört.

Beschluß: Nach Antrag.

- 31) Betrifft: Neuwahl eines stellvertretenden Aufsichtsratsmitgliedes für die Kieler Seefischmarkt GmbH.

- Dringlichkeitsvorlage Drs. 301 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kieler Seefischmarkt GmbH.

Magistratsrat Müller

zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 32) Betrifft: Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG Kiel-Schönberg

- Dringlichkeitsvorlage Drs. 302 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als Vorstandsmitglied für die Kleinbahn AG. Kiel-Schönberg

Magistratsrat Müller

vorgeschlagen.

Beschluß: Nach Antrag.

33) Betrifft: Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn AG
Kiel-Segeberg

- Dringlichkeitsvorlage Drs. 303 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Anstelle des aus dem Dienst der Stadt Kiel ausgeschiedenen Magistratsdirektors Dr. Dabelstein wird als Vorstandsmitglied für die Kleinbahn AG. Kiel-Segeberg

Magistratsrat Müller

vorgeschlagen.

Beschluß: Nach Antrag.

34) Betrifft: Antrag der SPD-Fraktion betr. Resolution zu den Atombombenversuchen

- Dringlichkeitsvorlage Drs. 309 -

Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident!

Wir möchten Sie höflich bitten, die nachstehende Resolution in der kommenden Ratsversammlung zur Abstimmung zu stellen.

"Kielerinnen und Kieler!

Der große Arzt und Nobelpreisträger, Dr. Albert Schweitzer hat einen Appell an das Weltgewissen und die verantwortlichen und großen Atommächte gerichtet, die verhängnisvollen Versuche mit Atombomben endlich einzustellen. 18 bedeutende deutsche Atomwissenschaftler haben in einer gemeinsamen Erklärung ebenfalls in unmißverständlicher Weise zu der Gefährdung alles Lebens auf der Erde Stellung genommen. Sie alle legen entscheidenden Wert darauf, daß die öffentliche Meinung in der ganzen Welt sich der nie dagewesenen Gefahren bewußt wird, welche durch Atomwaffen und auch bereits durch Versuche mit solchen Waffen heraufbeschworen werden.

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel begrüßt den Aufruf Dr. Albert Schweitzers sowie die Erklärung der deutschen Atomphysiker. Sie bittet die Landesregierung, ihre Vertreter im Bundesrat anzuweisen, auf die Bundesregierung einzuwirken, ihre Bemühungen, ein internationales Abkommen zur Einstellung der Atombombenversuche zustande zu bringen, tatkräftig forzusetzen.

Die Ratsversammlung fordert alle Kielerinnen und Kieler auf, an der Mobilisierung des Gewissens gegen den Selbstmord der Menschheit teilzunehmen. Nur die lebendige Mitwirkung der gesamten Bevölkerung kann den Widerstand der Öffentlichkeit gegen die fortgesetzten Atombombenversuche so stark werden lassen, daß die warnenden Stimmen Dr. Albert Schweitzers und der 18 deutschen Atomwissenschaftler nicht ungehört verhallen."

Stadtrat S c h a t z begründet den Antrag der SPD-Fraktion, wobei er hervorhebt, daß die große Sorge, die alle verantwortlichen Menschen in der gesamten Kulturwelt bewegt, auch von der gesamten Ratsversammlung geteilt werden sollte. Auch die Kieler Ratsversammlung sollte in dieser Situation ihre Stimme erheben und sich hinter den Gewissensappell Dr. Albert Schweitzers stellen. Dr. Schweitzer und die 18 Atomwissenschaftler haben die Menschheit sehr eindeutig vor den Gefahren der Atombombenversuche gewarnt. Sprecher zitiert die Schlußworte der eindrucksvollen Rede Dr. Schweitzers, in der der große, in der gesamten Welt anerkannte Menschenfreund an alle denkenden Menschen appelliert. Diese Worte sprächen für sich und würden sicher den entsprechenden Widerhall finden. Die SPD würde es sehr gern sehen, wenn sich das ganze Haus hinter ihre Resolution stellt.

Stadtrat S c h u b e r t gibt für die Fraktion Kieler Block folgende Erklärung ab:

"Es ist allgemein bekannt, daß sowohl die Bundesregierung wie der Bundestag ihren Willen bekundet haben, auf die Atommächte einzuwirken, die Atomwaffen zu ächten und auszuschalten.

Es bedarf daher keines Appells der Kieler Ratsherren mehr über Landesregierung und Bundesrat an die Adresse der Bundesregierung, ihre Bemühungen um ein internationales Abkommen zur Einstellung der Atombombenversuche tatkräftig fortzusetzen.

Ebenso überflüssig ist der Appell an die "Kielerinnen und Kieler" seitens der Ratsversammlung. Jeder weiß, was die Atombombe für das Schicksal der Menschheit bedeuten kann, insbesondere da sie sich in der Hand der kommunistischen Weltrevolutionäre befindet. Die Kieler Bürger und überhaupt die ganze Bevölkerung bedürfen nicht erst eines Aufrufes der Kieler Ratsherren, um diese Gefahr klar zu erkennen.

Der Kieler Block ist sich ebenso wie jeder denkende Mensch des tiefen Ernstes der Situation und der Größe des Problems bewußt. Gerade deshalb halten wir den von der SPD gewünschten Weg nicht für richtig. Verantwortlich denkende Politiker aller Richtungen und führende Männer von Kirche und Wissenschaft haben vor weiteren Versuchen mit Atombomben, aber auch besonders vor Einbeziehung dieser Frage in den politischen Kampf der Meinungen dringend gewarnt. Der Kieler Block stimmt diesen Männern im ganzen Umfange ihrer Warnungen zu.

Der Kieler Block lehnt daher einen Aufruf ab, der vom falschen Podium an die falsche Adresse gerichtet werden soll."

Beschluß: Der Antrag wird mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

35) Verschiedenes

a) Nächste Sitzung der Ratsversammlung

S t a d t p r ä s i d e n t teilt mit, daß der turnusmäßige Termin für die Juni-Sitzung der 20. Juni ist; das ist 2 Tage

vor der Kieler Woche. Der turnusmäßige Termin für die Juli-Sitzung ist der 18. Juli. Die Juli-Sitzung war stets vor Beginn der Schulferien. Der Ältestenrat schlägt nunmehr vor, die Juni-Sitzung ausfallen zu lassen, die Juli-Sitzung am 4. Juli abzuhalten und danach Parlamentsferien zu machen. Die erste Sitzung nach den Ferien wäre dann am 15. August 1957.

- Zustimmend Kenntnis genommen -

b) Jugendheim Hassee

Ratsherr M a r t h fragt, warum das Jugendheim in Hassee noch nicht der Hasseer Jugend übergeben worden ist.

Stadtrat Dr. M e i e r - B a n t erklärt dazu, daß sich wegen der Mobiliarbeschaffung Schwierigkeiten ergeben haben. Das Heim wird in allernächster Zeit seiner Bestimmung übergeben werden.

- Kenntnis genommen -

c) Parkplätze und Garagen

Stadtrat H a r t m a n n führt aus, daß derjenige, der heute in Kiel bauen will, vom städtischen Bauaufsichtsamt die Auflage erhält, gleichzeitig die notwendigen Garagen und Einstellmöglichkeiten zu schaffen. Sprecher bemängelt die Form, in der dies geschieht und meint, daß sich darüber einmal die zuständigen Ausschüsse werden unterhalten müssen. In einem Fall soll die Stadt eine Vertragsstrafe angedroht haben mit der Forderung nach hypothekarischer Sicherung dieser Strafe. Das sind Methoden, die doch wohl sehr angreifbar sind. Wenn die Stadt den privaten Bauherrn zwingt, Garagen zu bauen und Einstellmöglichkeiten zu schaffen, dann muß sie als Bauherr mit gutem Beispiel vorangehen. Dies gute Beispiel vermißt Stadtrat Hartmann bei dem soeben fertiggestellten Bau von "Bellevue". Er fragt den Bürgermeister, wann das Liegenschaftsamt bereit ist, die Auflage des Bauaufsichtsamtes zu erfüllen.

B ü r g e r m e i s t e r erklärt, daß eine Vorlage über die Mittelbewilligung für Parkplätze in "Bellevue" dem Magistrat bereits vorgelegen hat.

Stadtrat H a r t m a n n bittet den Stadtbaurat, in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung zu berichten, ob die bisherige Methode gebilligt wird und fortgesetzt werden soll.

- Kenntnis genommen -

d) Vergleich mit Direktor Fischer/KVAG

Ratsherr Schröder fragt den Bürgermeister nach dem Stand der Angelegenheit Direktor Fischer/KVAG und bittet insbesondere um Auskunft, ob Direktor Fischer heute noch von der Kieler Verkehrs AG Gehalt bezieht.

Bürgermeister erklärt, daß er beabsichtigt, diese Frage in der nichtöffentlichen Sitzung zu beantworten.

- Kenntnis genommen -

Nichtöffentliche Sitzung

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

A. Brand

Stadtpräsident

Kallbamm

Ratsherrin

Am Ende:

Kulturreis 1957

Stadtrat Dr. ... (von der Kulturpreis der Stadt Kiel für ... von Anfang an für den ... Berliner ausgesprochen ... Sitzung mit ... Gegenheit wiederholt ... dann in Magistrat ... Hamburg tätigen General ... nach sich darüber klar ... ausgesprochen worden, ... Gründungs jetz nach ... Hoffnungen hat darauf ... das er grundsätzlich ... Dinge unter der Bedingung ... wird. In der Unterrichtung ... Rahmen einer solchen Kulturreis ... Anstöße zu geben.

P. Hoff
Ratsherr
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Oberbürgermeister Kiel, den 7. 6. 57

Präsident -
Widerspruch
Herrn ...
zurückgeschickt.

Wisming *h* *h.*

Stadtrat ... (die Angelegenheit in Interaktion ... diskutiert worden ist, ... Antrag des Kieler Blocks ... Die Kulturpreis ... Der Kulturpreis 1957 ... System Gründungs ...)

Stadt Kiel

Kiel, den 7.6.57

Obbürgermeister

1) Widerspruch

2) U.

Herrn Stadtrat

zurückgesandt.

mesu

W. H. H. H.

W. H. H. H.

b) Kommunaldarlehen von der Hamburg-Mannheimer Versicherungs AG, Hamburg

Herrn Stadtrat hat die Ratversammlung am 10. August 1957 beschlossen hat, von der Hamburg-Mannheimer Versicherungs AG, Hamburg, ein Darlehen von 500.000 DM zu übernehmen. Durch nachträgliche Verhandlungen mit den Gläubigern ist erreicht worden, das die Tilgung erst nach 2 1/2 Jahren einsetzt und ab dann in 5 gleichen Jahresraten von 22.500 DM durchgeführt wird. Bisher war eine Tilgung in 10 gleichen Jahresraten vorgesehen. Es wird gebeten, dieser, den Ratsbeschluss vorzulegen. Besondere Änderung anzustimmen.

- Kenntnis genommen -

c) Vergleich mit Direktor Fischer/KVAG

Herrn Stadtrat kommt auf die Anfrage des Ratsbeschlusses über die öffentlichen Sitzung zurück und teilt mit, das die Vergleichsverhandlungen mit Direktor Fischer/KVAG Gesehlt fort sind, nachdem Herr Fischer einen Punkt des Vergleichs nicht anerkennen wollte. Bürgermeister hat als Vorsitzender des Ausschusses der Kieler Verkehr AG darüber entsprechend der Empfehlung des Ausschusses die folgende Erklärung abgegeben.

- Kenntnis genommen -

Nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt hat, gibt es die Beschlüsse bekannt.

W. H. H. H.
Ratsbeschlüsse

W. H. H. H.
Stadtspräsident

W. H. H. H.
Ratsbeschlüsse
(Bürgermeister)

1) Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 27. Mai 1957 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten:

- Von Punkt 2a a der Niederschrift:
- " " 2a b " " a) Steueramt z.K.
 - " " 3 " " a) Amt für Wirtschaftsförderung z.K.
 - " " 4 " " a) Statistisches Amt z.K.u.w.V.
 - " " 5 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 6 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 7 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 8 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 9 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 10 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 11 " " a) 2 x Stadtplanungsamt z.K.u.w.V.
 - " " 12 " " a) Tiefbauamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
 - " " 13 " " a) Liegenschaftsamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
 - " " 14 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
d) Hochbauamt z.K.
 - " " 15 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
d) Hochbauamt z.K.
 - " " 16 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
d) Hochbauamt z.K.
 - " " 17 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
d) Hochbauamt z.K.
 - " " 18 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereiamt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
d) Hochbauamt z.K.

- Von Punkt 19 der Niederschrift: a) Tiefbauamt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 20 " " a) Tiefbauamt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 21 " " a) 2 x Kämmereramt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 22 " " a) 2 x Kämmereramt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 23 " " a) 2 x Kämmereramt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 24 " " a) 2 x Kämmereramt z.K.u.w.V.
b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 25 " " a) 2 x. Die Auszüge sind mit
einem besonderen Anschreiben
weggegeben worden.
- " " 26 " " a) Tiefbauamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereramt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 27 " " a) Amt für Vertriebene, Flüchtlinge
und Kriegsgeschädigte z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereramt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 28 " " a) Bauverwaltungsamt z.K.u.w.V.
- " " 29 " " a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
b) 2 x Kämmereramt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 30 " " a) Stadtreinigungs- und Fuhramt z.K.
u.w.V.
b) 2 x Kämmereramt z.K.
c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 31 " " a) Amt für Wirtschaftsförderung z.K.
u.w.V.
- " " 32 " " a) Amt für Wirtschaftsförderung z.K.
u.w.V.
- " " 33 " " a) Amt für Wirtschaftsförderung z.K.
u.w.V.
- " " 35a " " a) Hauptamt z.K.u.w.V. (Rundverfü-
gung)
- " " 35b " " a) Jugendamt z.K.
- " " 35c " " a) Liegenschaftsamt z.K.
b) Bauaufsichtsamt z.K.
c) Hochbauamt z.K.
- " " 35d " " a) Herr Bürgermeister Dr. Fuchs
als Vorsitzender des Aufsichts-
rates der KVAG z.K.

Nichtöffentliche Sitzung

Einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung

- Von Punkt 1 der Niederschrift: a) Schul- und Kulturamt z.K.u.w.V.
- " " 2 " " a) Stadtwerke z.K.u.w.V.
- " " 3 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 3 " " a) Liegenschaftsamt z.K.u.w.V.
- " " 3 " " b) Tiefbauamt - Abteilung Gartenwesen und Friedhöfe - z.K.
- " " 4 " " a) 2 x Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 4 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 4 " " c) Stadtwerke z.K.
- " " 5 " " a) 2 x Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 5 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 6 " " a) 2 x Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 6 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 7 " " a) 2 x Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 7 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 8 " " a) 2 x Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 8 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 9 " " a) 2 x Kämmereiamt z.K.u.w.V.
- " " 9 " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 10a " " a) Theateramt z.K.
- " " 10b " " a) Kämmereiamt z.K.
- " " 10b " " b) Rechnungsprüfungsamt z.K.
- " " 10c " " a) Herr Bürgermeister Dr. Fuchs als Vorsitzender des Aufsichtsrates der KVAG z.K.

Handwritten signature

Tiefbauamt

Kämmereiamt

Rechnungsprüfungsamt

Liegenschaftsamt

Handwritten notes and numbers:
 Punkt: 12 - 19 - 20 - 26
 12 - 13 - 14 - 15 - 16 - 17
 18 - 21 - 22 - 23 - 24 - 25
 27 - 28 - 29 - 30
 Punkt: 12 - 13 - 14 - 15 - 16 - 17
 18 - 19 - 20 - 21 - 22 - 23
 Punkt: 13 - 25c
 Sitzung: 3

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum -
Hochbauamt	Punkt: 13, - 14, - 15, - 16, - 17, - 18, - 35c	<i>[Signature]</i> 6/6
Schul- und Kulturreamt	Punkt: 14, - 15, - 16, - 17, - 18, - 29 - nichtöffentl. Sitzung: 1	<i>[Signature]</i> 6.7.57
Amt für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegs- geschädigte	Punkt: 27,	<i>[Signature]</i> 7.5.57
Bauverwaltungsamt	Punkt: 28,	<i>[Signature]</i> 6/6
Stadtreinigungs- und Fuhramt	Punkt: 30,	<i>[Signature]</i>
Hauptamt	Punkt: 35a,	<i>[Signature]</i> 6/6
Jugendamt	Punkt: 35b,	<i>[Signature]</i> 6/6.
Bauaufsichtsamt	Punkt: 35c	<i>[Signature]</i> 6/6.
Herr Bürgermeister Dr. Fuchs	Punkt: 35d - nichtöffentl. Sitzung 10c	<i>[Signature]</i> , 6/6.57
Stadtwerte	Punkt: nichtöffentl. Sitzung: 2 - 4,	<i>[Signature]</i> 6/6.57
Theateramt	Punkt: nichtöffentl. Sitzung: 10a	<i>[Signature]</i>